

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.
Redaktion und Verwaltung: Drag 11., Telkjanova 18. • Leipzig: 26795, 31469. • (Nachdruckverbot): 26797 • Verlagsort: 37544

11. Jahrgang.

Mittwoch, 9. Dezember 1931

Nr. 286.

Die neue Notverordnung:

Brüning droht Hitler mit dem Ausnahmezustand.

Uniformverbot für alle Verbände. — Nebenregierung wird nicht geduldet.

Berlin, 8. Dezember. Der Reichspräsident hat heute die neue Notverordnung unterzeichnet. Ihre Veröffentlichung im Wortlaut wird erst im Laufe des morgigen Tages erfolgen, doch sind aus offiziellen Erläuterungen bereits die Hauptgrundzüge der Notverordnung bekannt.

Es erfolgt u. a. eine 10prozentige Herabsetzung der kartellierten Preise, eine 20prozentige Senkung der Zinsen; auch die Mieten werden herabgesetzt und ein besonderer Preissenkungskommissar mit weitgehenden Vollmachten ernannt.

Die Löhne und Gehälter in der Privatwirtschaft werden auf den Stand vom 10. Jänner 1927 herabgesetzt; Härten können durch Ansetzung eines Schlichters gemildert werden. Die Löhne der öffentlichen Angestellten werden mit 1. Jänner 1932 um 9 bis 10 Prozent herabgesetzt. Zur Bedeckung des Budgetdefizits wird weiters die Umsatzsteuer von 0,85 auf 2 Prozent erhöht.

Politisch von großer Tragweite ist das allgemeine Verbot des Tragens von Uniformen und Parteiabzeichen, das vor allem die Hakenkreuzler schwer treffen dürfte.

Reichskanzler Brüning hat heute abends im Rundfunk eine Rede gehalten, in der er zunächst ausführlich die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Bestimmungen der Notverordnung zu begründen suchte; dann fand er endlich noch langem zögernd energische Worte gegen die Hakenkreuzbewegung, wobei er mit allem Nachdruck erklärte, daß die Regierung nötigenfalls auch vor dem Ausnahmezustand nicht zurückweichen werde, um Angriffe auf die Verfassung abzuwehren.

Unter Anspielung auf Hitlers kürzliche Äußerungen zu den Vertretern der Auslandspresse erklärte Brüning, daß in Deutschland keine Nebenregierung geduldet werden würde. — Der Kanzler erklärte hierzu u. a.:

„Eine Regierung, die sich ihrer Verantwortung für Volk und Vaterland bewußt ist, darf und wird nicht davor zurückweichen, einen drohenden Zerfall der Volkskräfte mit eiserner Energie entgegenzutreten.“

„Sie duldet keine andere Macht als die verfassungsmäßige. Reichspräsident und Reichsregierung verfügen allein über die Nachmittel dieses Staates. Sie werden mit unerbittlicher Strenge, notfalls auch unter Verhängung des Ausnahmezustandes — gegen alle eingeleitet werden, die sich unterfangen würden, in den Stunden der stärksten Not den verfassungsmäßigen Gewalt in den Arm zu fallen.“

Wenn der Parteiführer der Nationalsozialisten die legalen Wege und Ziele seiner politischen Absichten betont hat, so stehen im trafen Kontrast dazu die heftigen Belenenerungen, in denen sich nicht weniger verantwortliche dünkende Führer zum sinnlosen Bruderkampf und zu außerpolitischen Vorhaben aufstacheln. Wenn man erklärt, daß man — auf legalen Wege zur Macht gekommen — die legalen Schranken durchbrechen werde, so ist das keine Legalität. Und sie ist es noch weniger, wenn zu gleicher Zeit in engeren Kreisen Machtspläne geschmiedet werden. Dagegen wende ich mich als verantwortungsboller Staatsmann auf das entschiedenste.“

Ich werde mich weiterhin mit allen verfassungsmäßigen Mitteln solchen Parteidurchbrüchen entgegenstellen, das deutsche Volk in dieser ungeheuren materiellen und seelischen Not in zwei feindliche Lager zu zerreißen.“

In diesen entscheidenden Stunden ist es ein dem Lande abträglicher Unterfangen, wenn wir dem Hinweis auf innerpolitische Verschiebungen in des Tages Meinungen der Wähler versucht wird, im Auslande den Eindruck zu erwecken, als ob es in Deutschland in Wirklichkeit geteilte Fronten, ja eine Regierung von morgen gebe, die sich anmaßen dürfte, für das deutsche Volk zu sprechen. Auch künftig hin wird die politische Führung der Deutschen Reiches und die Vertretung der Interessen des Deutschen Reiches ausschließlich in den Händen des Herrn Reichspräsidenten und der verfassungsmäßigen Regierung liegen.“

Das Tragen von Uniformen und Abzeichen politischer Verbände hat sich als immer größerer Mißstand erwiesen. Reichspräsident und Reichsregierung haben sich daher entschlossen, das Tragen von Uniformen und Abzeichen politischer Verbände allgemein und ausnahmslos für das ganze Reichsgebiet zu verbieten.“

Schwere Eingriffe in das Tarifrecht.

Senkung der Kartellpreise um 10 Prozent

Der erste Teil der neuen Notverordnung befaßt sich mit dem Problem der Preis- und Zinssenkung. Die gebundenen Preise werden sämtlich um 10 Prozent gesenkt. Wenn diese Senkung nicht durchgeführt wird, so gelten alle Vereinbarungen als null und nichtig. Das Kabinett hat sich aber nicht entschlossen, die Kartelle aufzulösen. Der Wirtschaftsminister kann über diese Grenzen aber noch hinausgehen und den Zeitpunkt für die Herabsetzung vorschreiben. Der Preis für Kohle und Kali wird am 1. Jänner ebenfalls um 10 Prozent gesenkt; auch der Preis für Stahlfabrikat soll ab 1. Jänner gesenkt werden. Es ist auch Vorsorge getroffen, daß die Herabsetzung des Kohlenpreises sich im Kleinhandel auswirkt.

Ein Preissenkungskommissar

Der Leipziger Oberbürgermeister Dr. Goerdeler ist zum Preissenkungskommissar ernannt worden. Er hat die Aufgabe, die Durchführung ständig zu überwachen und bei weitestgehenden Vollmachten unter Umständen Maßnahmen zu treffen, die bis zur Schließung von Geschäften gehen; sein Aufgabenkreis erstreckt sich auf den Abbau der nicht gebundenen Preise.

Zinssenkung

Die Zinsen für die festverzinslichen Papiere werden gesenkt, und zwar sowohl die Schuldver-

schreibungen des Reiches, der Länder und der Kommunen, als auch der privaten Papiere dieser Art.

Die Zinssenkung soll durchgeführt werden bei 8 Prozent oder weniger auf 6 Prozent, bei Zinssätzen von mehr als 8 Prozent im Verhältnis von 8 zu 6. Diese Regelung gilt auch für Hypotheken- und Pfandbriefe. Der Reichskommissar für das Bankgewerbe wird durch Vereinbarung mit den Spitzenverbänden eine Senkung der Debet-Zinsen herbeiführen. In den Fällen, in denen eine Vereinbarung nicht möglich ist, hat der Kommissar das Recht, von sich aus Festsetzungen zu treffen. Durch Verhandlungen mit der Reichsbank ist eine Annäherung des Lombardzinsfußes an den Wechselzinsfuß herbeigeführt worden. Die Senkung beträgt zunächst ein Prozent. Von besonderem Interesse ist, daß die Steuererzeugnisse ab 1. Jänner 1932 aufgehoben werden.

Die Hauszinssteuer soll allmählich abgebaut werden und sie wird zunächst ab 1. April um 20 Prozent gesenkt, dann später für die Jahre 1935 und 1936 auf 75 Prozent, für die folgenden Jahre auf 50 Prozent, so daß sie ab 1. April 1940 ganz verschwindet. Dieser Abbau wird zunächst dadurch sichergestellt, daß die Hauszinssteuer nach bestimmten Sätzen sofort abgelöst werden kann.

Die Mietsenkung ergibt sich aus der Herabsetzung der Hypothekenzinsen, und zwar für Alt- und Neuwohnungen. Wo die Zwangswirtschaft nicht mehr besteht, ist die Möglichkeit der

einmaligen Kündigung vorgesehen, und zwar zum 1. April; das gilt auch für gewerbliche Räume. Durch Schutzvorschriften zugunsten der Landwirtschaft und des Hausbesitzes kann bei der Zwangsversteigerung von Grundstücken im Falle einer Verschleuderung der Zuschlag bevorzugt werden.

Unter den sonstigen wirtschaftlichen Maßnahmen sind steuerliche Erleichterungen für die Aufteilung von Gesellschaften vorgesehen, um die Rückentwicklung zu fördern. Die Einführung eines Bier-Pfennig-Steuers soll den Spatrieb weiter fördern.

Tariflöhne auf den Stand von Jänner 1927 reduziert

Der zweite Teil der Notverordnung behandelt in erster Linie die Frage der Löhne und Gehälter der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Es ist vorgesehen, daß alle Tarifverträge am Tage des Inkrafttretens der Notverordnung gekündigt werden, mit der Maßgabe, daß die Lohn- und Gehaltsätze auf den Stand vom 10. Jänner 1927 festgesetzt werden.

9 bis 10 Prozent Gehaltsabbau bei den öffentlichen Angestellten

Die Löhne und Gehälter in Reich, Ländern und Gemeinden sollen bei den Beamten um neun Prozent, und bei den Arbeitern um 10 Prozent gesenkt werden.

Die neunprozentige Kürzung der Beamtengehälter wirkt sich praktisch ebenso aus, wie die zehnprozentige Kürzung der Arbeiterlöhne.

Umsatzsteuer auf 2 Prozent erhöht

Ein weiteres Kapitel der Notverordnung enthält Maßnahmen zur Sicherung des Haushaltes. In diesem ist in der Hauptsache eine Erhöhung der Umsatzsteuer auf 2 Prozent und die Einhebung einer Ausgleichsteuer für die Einjahreswaren vorgesehen.

Maßnahmen gegen Kapitalflucht

Ausführlich beschäftigt sich der zweite Teil der Notverordnung noch einmal mit den Problemen der Kapitalflucht. In der Notverordnung ist eine sogenannte „Reichsfluchtsteuer“ vorgesehen. Von dieser Steuer werden alle diejenigen betroffen, die in der Zeit vom 31. März 1931 bis 31. März 1933 über 200.000 Mark Vermögen ins Ausland bringen. Die Steuer wird in Höhe von einem Viertel ihres in Deutschland befindlichen Vermögens erhoben. Für den Fall, daß die betreffenden Kapitalflüchtlinge auch dann noch versuchen, die Steuer zu hinterziehen, wird ein Steuer-Erlassenerbrief erlassen werden. Bei sofortiger Verhaftung und Aburteilung sind dann Gefängnisstrafen vorgesehen.

Weitere Abschnitte der Notverordnung beschäftigen sich dann mit der Frage der Besteuerung im Zusammenhang mit der Besteuerung der Einkommen. Künftig müssen auch diejenigen Firmen Körperschaftsteuer zahlen, die ihre Vermögensgegenstände innerhalb der eigenen Firmengrenzen und bisher von der Körperschaftsteuer befreit waren.

In der Frage der Realsteuer werden die Länder ermächtigt, im Bedarfsfalle einzelnen Gemeinden eine Erhöhung der Realsteuern zu gestatten.

Man ist an amtlicher Stelle der Auffassung, daß die in der Notverordnung enthaltenen Preissenkungs- und Zinssenkungsmaßnahmen insgesamt einen gewichtigen Ausgleich für die beschriebene Lohn- und Gehaltsenkung bieten. Besonders ins Gewicht fällt dabei die Senkung der Mieten; aber auch die Senkung der Frachten für die 300 Millionen vorkommen sind, sowie die Zinssenkung und die Senkung der gebundenen Preise bedeuten eine starke Erleichterung für den Verbraucher.

Generelles Uniformverbot

Der letzte Teil der Notverordnung bringt noch Maßnahmen zum Schutze des inneren Friedens. Neben Richtlinien gegen den Mißbrauch

Ihr Ideal: der Sklavenstaat

Während bei uns die Nazis ihre hauptsächlichsten Anstrengungen daran verschwendeten, größere Teile der Arbeiterschaft in ihre Netze einzufangen und sich zu diesem Zwecke noch „sozialistischer“ als die Sozialisten erscheinen möchten, hat in Deutschland Herr Hitler schon seit Monaten das Schwergewicht seiner Bemühungen nach der ganz entgegen-gesetzten Seite hin verlegt. Er hat die Komodie der Arbeiterfreundlichkeit aufgegeben, offenbar weil er sie für zwecklos hält, denn bisher ist ihm und seiner Partei die Abspaltung der Nachläuferchichten der marxistischen Parteien nicht annähernd in dem erhofften Maße gelungen, er hat daher die Maske fallen lassen und ist ganz offen in die Arbeitgeberfront eingeschwenkt.

Vor kurzem berichtete der aus der Hitlerpartei ausgewiesene mehrjährige Hilfsreferent bei der Reichsparteileitung der Nazi-Partei, Freiherr von Red, einiges über die Gründe dieses Einschwenkens. Im Frühjahr dieses Jahres schon habe Hitler auf einer Reichskonferenz der Naziführer in München erklärt, daß man den „Raub der Städte“ niemals gewinnen könne und darum müsse der Kampf auf das Land hinausgetragen werden und tags darauf fahnte der neue Leiter der apparatpolitischen Abteilung der Nazi-Partei, Diplom-Landwirt Darré, diese Auffassung dahin zusammen: Die Nationalsozialistische Partei sei zwar als Arbeiterpartei gegründet worden, doch sei die Erfassung der Arbeiterschaft vorbeigelungen und darum müsse der deutsche Bauer das Rückgrat der Partei werden. So wie Hitler auf der einen Seite auf den Bauernfang auszuweichen beschloß, so wendet er seither seine liebevollen Bemühungen auf der anderen Seite den industriellen Unternehmern zu, die er zu überzeugen sucht, daß sie den Nationalsozialismus nicht im alleruntersten Maße fürchten brauchen. Seither scheint sich Hitler nicht im geringsten mehr, Schulter an Schulter mit den Vertretern des berüchtigtesten Ausbrennteriums zum Kampf um das „Dritte Reich“, das ist um die Faschisierung Deutschlands anzutreten, wie dies in Harzburg geschah, wo unter den „Wirtschaftsführern“, die an der Tagung teilnahmen und den Hitler und Hugenberg den Treueschwüren, neben Schatzmachern der Industrie auch der Vertreter der internationalen Finanzwelt, Dr. W. G. Regenbanz, der im Dienste der Wiener Rothschild steht und deren Interessen in zahlreichen holländischen, Schweizer und österreichischen Gesellschaften vertritt.

Je näher sich nun Hitler dem Augenblick der Machtübergabe wöhnt, desto offener setzt er seine Bemühungen fort, die großen, mächtigen Unternehmer davon zu überzeugen, daß sie bei einer Uebernahme der Macht durch ihn nichts zu fürchten brauchen und wie er einerseits seine „Gesandten“ ins Ausland schickt, damit sie dort die Stimmung der maßgebenden kapitalistischen Kreise zugunsten eines faschistischen Deutschlands beeinflussen, so sind von ihm andere „Gesandte“ damit betraut, auf Tagungen der großen Unternehmer das wahre Programm der Nationalsozialisten zu entwickeln, damit sie dem Antritt der Herrschaft Hitlers keine Schwierigkeiten bereiten.

Das Programm, wie es die Beauftragten des „Draht“ vor solchen Publikumsvorträgen, das sieht nun freilich ganz anders aus, als jener Wust von Phrasen und Verheißungen über den Kampf gegen das „raffende Kapital“ und für die „Bredoune der Finanzherrschaft“, mit dem die Schwindler einsichtige Leute bei uns einzufangen suchen. So wird jetzt bekannt, daß am 7. November 1931 in Düsseldorf eine „Wirtschaftspolitische Sondertagung für füh-

(Schluß auf Seite 2)

rende Persönlichkeiten der Wirtschaft" abgehakt wurde, auf welcher im Auftrage der Reichsparteileitung der Hitler-Partei der Hauptmann Dr. Otto Wagener eine Rede über „Nationalsozialistische Produktionspolitik und Wirtschaftsorganisation" gehalten hat. Dieser Hitler-Baladin ließ die Schleier vom nationalsozialistischen Zukunftsstaat gründlich fallen und dieser Autorität zufolge soll es also darin wie folgt aussehen:

Die erste Forderung, die Herr Dr. Wagener einlegte, war gegen die Auffassung gerichtet, der deutsche Faschismus sei eigentumsfeindlich. Die zweite galt der Meinung, die Nationalsozialisten seien Sozialisten. Den versammelten Industrie- und Bankkapitalisten versicherte er eifervoll: „Unser Sozialismus kann von jedem einzelnen Wirtschaftler angenommen und bejaht werden" — was man wahrhaftig aufs Wort glauben kann. Und um auch gleich undatum, wie es um die politischen Verhältnisse im Zukunftsstaat der Nazis bestellt sein werde, sagte der Hitler-Besandte, daß Deutschland jetzt in einer Zwangswirtschaft des Parlamentarismus, „der Herrschaft der Masse und damit der Dummheit" lebe. Das werde im „Dritten Reich" ganz anders sein: „Die Masse kann nicht regieren, regieren kann nur ein Führer, eine verantwortliche Persönlichkeit". Schamloser ist wohl noch nie die Verachtung des Volkes durch die Galantkruzführer und ihr Sehnen nach Errichtung eines Staates von willen- und wehrlosen Sklaven zum Ausdruck gebracht worden als hier!

Doch Herr Dr. Wagener hat noch mehr der Details den zuhörenden Ausbeutern aufgetischt. Um diesen jeden Zweifel zu benehmen, um welche Sorte von „Sozialismus" es sich bei den Nazis handelt, betonte er, daß seine Partei keinerlei Sozialisierungsbestrebungen verfolge: „Wir denken gar nicht daran, den bisherigen Besitzer auszuschalten. . . Unser Staat wird so hoch über der Wirtschaft stehen, daß er selbst niemals als Teilhaber in Frage kommt." Der Unternehmer kann also der Errichtung des „Dritten Reichs" mit Seelenruhe entgegensehen, doch wie will der Nationalsozialismus das Schicksal der Arbeiter und Angestellten gestalten?

Die Arbeiter, die so töricht waren, auf die nationalsozialistischen Köder anzubeißen, werden die Augen aufreißten, wenn sie dieses wahre Programm der Nazis kennen lernen. Vor allem soll die Arbeitsdienstpflicht eingeführt werden. Dieser werden sich bekanntlich alle Deutschen mit Ausnahme der Mitglieder der SA-Leute zu unterwerfen haben. Lohn wird nicht gezahlt werden, die Erfüller der Arbeitsdienstpflicht sollen lediglich „Anspruch auf unentgeltliche Nahrung, Kleidung und Wohnung" haben. Welcher Ausbeuter wird nicht mit beiden Händen zugreifen, wenn sich die Ausschichten für einen solchen Sklavenstaat eröffnen! Die Begründung, die Herr Doktor

Wagener der Arbeitsdienstpflicht gibt, ist die: es soll der Jugend zunächst einmal beigebracht werden, „daß es eben noch ein Oben und ein Unten gibt". Knecht bleibe Knecht! Das ist das nun eingestandene Ziel des Nationalsozialismus!

Um aber die Unternehmer vollständig zu beruhigen, beteuerte Dr. Wagener, es solle den Nationalsozialisten nicht ein, Anhänger des heutigen Tarifsystems zu sein, kurz er ließ keinen Zweifel darüber übrig, daß eine nationalsozialistische Regierung die Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung noch weit mehr herabdrücken würde, als es bisher schon der Fall ist und wörtlich sagte er: „Künftig werden die Betriebsräte mit den Unternehmern beraten. Entschieden muß natürlich stets der Unternehmer." Wie sollten sonst die Unternehmer sich für den „Sozialismus" der Nationalsozialisten erwar-men, wie den Heroismus aufbringen, zu seiner Unterstützung ihre Rassenfrenke zu öffnen! Man darf überzeugt sein, daß es dem

Die neue Notverordnung:

(Schluß von Seite 1)

von Waffen enthält dieser letzte Teil als zweifellos einschneidendste Maßnahme ein allgemeines Uniformverbot für sämtliche Verbände. Jedes Tragen von irgendwelchen Uniformen oder Abzeichen ist den Angehörigen politischer Verbände außerhalb der eigenen Wohnung verboten.

Weiter ist eine erhebliche Verstärkung des Ehrenstrafes vorgeesehen. Verleumdungen gegen Personen im öffentlichen Leben werden in Zukunft mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft. Außerdem sind bis zum 3. Jänner 1932 zur Sicherung des Weihnachtsfriedens alle Versammlungen sowie alle Aufzüge unter freiem Himmel verboten.

Im Zusammenhang mit diesem Notverordnungsmaß ist die Frage einer Abtragung der privaten deutschen Schulden von entscheidender Bedeutung. Die Möglichkeit, dieser Aufgabe gerecht zu werden, beruht auf der Gestaltung der deutschen Währung, gegen die in jüngster Zeit an immer zahlreicheren Stellen des Auslandes Hindernisse aufgeschichtet worden sind. Es wird deshalb darauf hingewiesen, daß die Verweigerung einer Abnahme deutscher Ausfuhr-güter der Verweigerung einer Zahlungsabnahme gleichkommt und nicht etwa eine mangelnde Zahlungsbereitschaft Deutschlands bedeute.

5 Millionen Deutsche arbeitslos

Berlin, 8. Dezember. Die erwartete jahreszeitliche Verschlechterung des Arbeitsmarktes ist in der Berichtszeit (15. bis 30. November) eingetreten. Die Zahl der Arbeitslosen nahm nun rund 214.000 zu und betrug am 30. November nach den vorläufigen Meldungen der Arbeitsämter rund 5.057.000. Die Zunahme liegt im Rahmen der Schätzungen der Reichsstatistik.

Seit dem sommerlichen Tiefstand war in diesem wie im vorigen Jahre eine Zunahme der Arbeitslosenzahl um etwa 1,1 Millionen zu verzeichnen. Der Stand der Arbeitslosigkeit ist jetzt ähnlich wie im Sommer, um etwas über 1,3 Millionen höher als zu den Vergleichszeitpunkten des Vorjahres.

Abgeordneten Hitlers gelungen ist, alle etwa noch bestehenden Bedenken vor dem Nationalsozialismus, wie sich das Schwindelprodukt benennt, zu zerstreuen. Er hat ja auch bekannt, daß seine Partei eine „grundsätzliche Gegnerin" des heutigen Systems der Sozialversicherung ist, daß die Arbeitslosenversicherung wesentlich verschlechtert, die Unfallversicherung eingeschränkt werden müsse und er versprach, am Gesamtbudget des Staates, der Länder und Gemeinden „erhebliche Abstriche, mindestens 8 bis 10 Milliarden", das ist rund die Hälfte des Gesamtbudgets, gemacht werden würden. Das bedeutet, daß die gesamte Sozialversicherung, die Versorgung der Kriegsoffer und die soziale Fürsorge aus dem Budget gestrichen werden müßte, um eine „Ersparnis" in solcher Höhe machen zu können.

Darnach wird es für die große Masse der Bevölkerung herrlich in diesem Zukunftsstaat der Nazis aussehen! Wer zweifelt noch daran, daß der deutsche Faschismus dieselbe Sklaverei errichten will, wie es der italienische Faschismus getan?

Antrag auf Reichstageinberufung.

Berlin, 8. Dezember. Die kommunistischen Mitglieder des Reichstages haben am Dienstag einen neuen Antrag auf Einberufung des Reichstages beim Reichspräsidenten Loebe eingereicht, und zwar für Freitag, den 11. Dezember. Die Einberufung des Reichstages wird für Dienstag, den 15. Dezember, von den Kommunisten gefordert. Als Tagesordnung werden kommunistische Anträge auf Aufhebung der neuen Notverordnung vorgeschlagen, in Verbindung damit eine finanz- und wirtschaftspolitische Aussprache sowie erneut eine außenpolitische Aussprache und eine Erklärung des Reichsinnenministers zu den besprochenen Dokumenten.

Berlin, 8. Dezember. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wird sich Donnerstag nachmittags mit der neuen Notverordnung beschäftigen, während die gesamte Fraktion für Montag einberufen ist.

Deutschlands kurzfristige Verschuldung.

Basel, 8. Dezember. Der beratende Sonderausschuß hat heute seine Beratungen über die wirtschaftliche und finanzielle Lage in Deutschland fortgesetzt. Der deutsche Vertreter Doktor Melchior gab Erklärungen über das dem Ausschuß unterbreitete statistische Material. In seinen weiteren Darlegungen hat Dr. Melchior sich hauptsächlich mit der kurzfristigen Verschuldung Deutschlands befaßt. Es sei bekannt, daß die Beträge dieser kurzfristigen Kredite erheblich höher seien als diejenigen, wie sie sich im Bericht des Wiggins-Ausschusses befinden. Trotz des Aktiv-Saldos der deutschen Handelsbilanz habe sich die Deckung der Reichsbanknoten weiterhin verschlechtert. Die Reichsbank schätze, daß Deutschland in den letzten sechs Monaten ungefähr eine Milliarde Mark kurzfristiger Kredite zurückgezahlt habe.

Der Sonderausschuß hat einen technischen Unterausschuß eingesetzt, der das von deutscher Seite unterbreitete statistische Material prüfen und mit den Ziffern, die von anderer Seite beigebracht worden sind, vergleichen soll.

Zentrum verhilft den Nazis in Hessen zum Landtagspräsidenten.

Darmstadt, 8. Dezember. Der neue nationalsozialistische hessische Landtagspräsident Werner wurde mit 40 Stimmen seiner Partei, der übrigen Rechtsparteien und des Zentrums gegen 16 Stimmen des sozialdemokratischen Kandidaten und 12 Stimmen des kommunistischen Kandidaten gewählt.

Es haben also trotz allen Ablehnungen doch Besprechungen zwischen dem Zentrum und den Nationalsozialisten wenigstens über die Wahl des Landtagspräsidenten stattgefunden, die dazu führten, daß die Zentrumsfraktion den nationalsozialistischen Kandidaten Werner geschlossen seine zehn Stimmen zuführte. Die Nationalsozialisten quittierten dann dem Zentrum seine Wahlhilfe bei der Wahl des ersten Vizepräsidenten, indem sie auf die Benennung eines eigenen Kandidaten für dieses Amt verzichteten.

Frankreich nur für provisorische Regelung des Reparationsproblems.

Paris, 8. Dezember. (Havas.) Zur Eröffnung der Arbeit des beratenden Sonderausschusses in Basel hat die französische Regierung den beteiligten Regierungen ihre Ansicht über die Reparationsfrage mitgeteilt. Sie ist der Auffassung, daß irgendeine Änderung der im Young-Plan festgelegten Grundzüge nur bei gleichzeitiger Herabsetzung der zwischen den Regierungen bestehenden Schulden möglich ist, von der Deutschland Nutzen haben würde. Frankreich nimmt die deutsche Forderung an, die Lage im Reich im Rahmen des Young-Planes zu untersuchen, da, nachdem Deutschland im Haag den Bedingungen des Young-Planes zugestimmt hat, seine Forderung auf Einberufung des Ausschusses den ordnungsmäßigen Schritt eines Schuldners darstelle, der seine Verpflichtungen zu erfüllen wünscht. Da die Weltkrise die deutsche Zahlungsmittel zum Teil erlöschen lassen, erkennt Frankreich die Notwendigkeit an, dem Reich zu Hilfe zu kommen und wird dem Geiste des kürzlich in Washington veröffentlichten Communiqués entsprechen. Hinsichtlich der Arbeiten des baseler Ausschusses hat sich Frankreich seine Handlungsfreiheit bewahrt, da ihm der Text der deutschen Forderung nicht zu endgültiger Einwilligung unterbreitet worden ist. Es prüfte die Notwendigkeit, das gegenwärtige Moratorium im Geiste der Angehörigen an die deutsche Lage zu ver-längern; Frankreich bezieht jedoch auf der Aufrechterhaltung der Reparationszahlungen, da kein Beweis dafür gegeben ist, daß Deutschland ständig in einem Krisenzustand bleiben wird. Im Hinblick darauf, daß die Finanzschwierigkeiten des Reiches nicht vorübergehend sind, um eine endgültige Prüfung vorzunehmen, kann sich die gegenwärtige Untersuchung nur mit einer vorübergehenden Lage beschließen und durch nur einstweilige Maßnahmen Abhilfe schaffen. Erst in einer späteren internationalen Konferenz wird man dann die Zahlungsfrist fest zu prüfen haben. Die französische Regierung lehnt es ab, die Priorität der kurzfristigen Schulden anzuerkennen bemerkt aber, daß die Frage in Wirklichkeit überhaupt nicht zur Debatte steht, denn die Reparationen und Privatschulden sind nur Elemente des Fundamentaltatsproblems der Zahlungsfrist und der Achtung vor den Verbindlichkeiten.

Dr. Tolpe's Rache.

Roman von A. Aitschul

Tolpe hatte eine gute Witterung. „Horn, heraus", schrie er, „Hände weg, nichts wegwerfen. Heraus mit dir, du Hund." Er packte Horn zerrte ihn in eine Ecke und durchschloß mit geübtem Griff dessen Taschen. „Da haben wir es ja", triumphierte er und hielt einen kleinen Blechtopf in der Hand.

Darauf verließ er wortlos die Klasse. Die Ruhe wahrte noch einige Sekunden. Dann setzte plötzlich ein Lärm ein, wie ihn selbst Schipper noch nicht erlebt hatte. Man besprach den Vorfall.

Schipper begann wieder seine Wanderung auf dem Podium, blieb stehen, ging weiter, rang verzweifelt die Hände. Plötzlich raffte er sich zusammen.

„Manzberg, was haben Sie jetzt zu reden", schrie er, als ob dies etwas so Außergewöhnliches wäre.

Franzl erhob sich. „Ich?" meinte er und schien erstaunt über diese neugierige Frage.

„Ja, Sie. Was haben Sie jetzt zu Geyer gesprochen? Reden Sie, oder..." Schipper hielt inne.

„Sie würden mich sicherlich auf Ehrenbeleidigung klagen, Herr Professor", gab Franzl unschuldig zurück.

„Reden Sie", leuchtete Schipper. Er war dem Besten nahe.

„Aber ich kann es Ihnen doch nicht sagen", beharrte Franzl, „ich will ja mit dem Gericht nichts zu tun bekommen."

Schipper trat von einem Fuß auf den anderen. Das tat er immer, wenn seine Lust das normale Maß überschritten hatte. „Geyer", jammerte er, „was hat der Manzberg eben gesagt?"

Langsam stand Geyer auf. „Er hat mir aus der Seele gesprochen", antwortete er und klopfte dabei Franzl anerkennend auf die Schulter. „Sagen Sie es mir, Geyer, oder Sie werden es bereuen."

„Darf ich mir vorerst eine Frage erlauben, Herr Professor?" vergewisserte sich Geyer, und als Schipper nichts erwiderte, fragte er, zur Klasse gewendet: „Kommen im „Geh von Verleumdungen" beleidigende Ausdrücke vor?"

Rehler nickte bejahend.

„Dann kann ich es Ihnen leider nicht sagen, Herr Professor", fuhr Geyer bedauernd fort und setzte sich wieder.

Schipper kam überhaupt nicht mehr zu Wort. Des Kampfes müde, zog er sich auf seinen Platz zurück und laute verzweifelt an seinen Fingernägeln.

In der darauffolgenden Pause war es bedeutend ruhiger, als es in Schippers Stunde gewesen war. Horn, Franzl und Geyer besprachen nun ernstlich, wie man aus dieser Geschichte herauskommen könnte. Für Horn stand die Sache schlimm, für die beiden anderen waren noch Chancen vorhanden. Es fragte sich nur, wie Tolpe in dieser Angelegenheit vorgehen würde.

„Wer hat eigentlich den Froch mitgebracht?" fragte Franzl, „das muß man doch wissen, um die Aussagen darauf zuschneiden zu können."

„Ich habe ihn von vorne zugeworfen bekommen und habe ihn dann an Horn weitergegeben", erklärte Geyer.

„Von uns hat ihn also niemand gehabt? Dann ist die Sache ja nicht so arg. Durch ein paar geschickte Antworten wird man die Affäre schon so verwickeln können, daß eine Bestrafung unmöglich wird."

„Wenn wir aber einzeln hineingerufen werden", bemerkte Horn, „der solche Einzelverhöre bereits einigemal miterlebt hatte."

„Dann kann eben jeder nur seine eigene

Haut in Sicherheit bringen", sagte Geyer und grüßte Professor Babi, der gerade vorbeiging.

Babi war Jurist und hatte im Vorjahr in dieser Klasse Handelsrecht unterrichtet. Jetzt hatte er Urlaub genommen, da er an der Hochschule las.

„Einen Augenblick bitte, Herr Professor", rief plötzlich Franzl, der einen Ausweg gefunden zu haben glaubte.

Babi blieb stehen, wandte sich um. „Was gibt's denn, Manzberg?" fragte er und ging auf Franzl zu.

„Ich möchte Sie um eine Auskunft bitten, Herr Professor", begann Franzl, während Horn und Geyer einander verständnislos anstarrten.

Franzl dachte einen Augenblick nach. Dann fragte er: „Hat ein Privatier das Recht, an einem anderen Privatien eine Selbstvisitation vorzunehmen?"

Babi blickte Franzl erstaunt an. Diese Frage schien ihm in irgendeinem Zusammenhang mit der Schule zu sein. „Das läßt sich nicht so ohne weiteres beantworten", wich er aus und verschwand im Professorenzimmer.

Nach dem Läuten kam Professor Krüger.

„Was haben's denn schon wieder angestellt?" fragte er, als er die nötigen Entropungen beendet hatte. „Es soll ja was ganz Wüstes gewesen sein."

Der Schuliener erschien in der Tür.

„Der Schüler Horn soll zum Herrn Direktor kommen", meldete er und wartete, wie ein Berichtsbdiener auf den Delinquenten wartet.

„Eingeladener", murmelte Horn und stand langsam auf. „Also, Angenehm, jetzt — rette sich, wer kann." Er ging hinaus.

Nach zehn Minuten kam der Schuliener wieder.

„Der Schüler Geyer soll zum Herrn Direktor kommen."

Geyer ging.

Nach einer Weile erschien der Schuliener ein drittes Mal.

Franzl wartete die monotone Meldung gar nicht ab, sondern schritt sofort unaufgefordert zur Tür.

„Der Schüler Manzberg soll zum Herrn Direktor kommen."

Franzl war bei diesen Worten schon zur Tür draußen. Er hörte noch, wie die anderen scheinbar über das verdunte Gesicht des Schulieners lachten. Dann ging er in die Direktionskanzlei.

Im Vorzimmer sah Horn. „Was gibt's?" fragte Franzl. Horn zuckte die Achseln. „Ich weiß nicht", sagte er.

Tolpe öffnete die Tür. Geyer kam heraus.

Franzl betrat das Allerheiligste. Im Hintergrund bemerkte er Neber und sah dessen besorgten Blick. „Rehmt euch doch endlich zusammen", schien dieser zu sagen, „es dauert ja nur mehr paar Monate."

Tolpe kam zurück, stellte sich in Positur. Sein Bauch nahm ungeheure Dimensionen an, seine Augen glänzten vor teuflischer Freude.

„Mur", flüsterte sich Franzl zu, „nur ruhig Blut bewahren. Jetzt kann dich allein Freiheit retten. Ruht alles auf eine Karte setzen. Entweder — oder."

„Was wissen Sie vom dem Froch?" donierte Tolpe los, daß die Scheiben klirren.

„Wovon?" erkundigte sich Franzl mit der unschuldigsten Miene der Welt.

„Von diesem ominösen Lärminstrument, das allgemein mit dem Ausdruck „Froch" bezeichnet wird." Tolpe reichte ihm den Froch.

Franzl nahm ihn und die Hand des Melsters fühlend, begann das Tierchen lustig zu quälen. „Rein, ist das aber niedlich", freute sich Franzl kindlich. „Darf ich es behalten?" fragte er und wollte den Froch schon in der Tasche verschwinden lassen.

(Fortsetzung folgt.)

Die Landbündler als „Arbeiterfreunde“.

Der Bund der Landwirte ist unter die „Arbeiterfreunde“ gegangen. Der landbändlerische Abgeordnetenkreis hat einen Antrag eingebracht, mit welchem die Regierung aufgefordert wird, eine Novelle des Gesetzes über die Unterstützung der Arbeitslosen vorzulegen.

Die agrarischen „Arbeiterfreunde“ finden, daß die bisherige Art der öffentlichen Arbeitslosenfürsorge nicht voll entspricht; und manche Mängel besitzt, welche sowohl im öffentlichen Interesse als auch im Interesse der Arbeitslosen beseitigt werden müssen. Also Verbesserung des Gesetzes, eine regelrechte Arbeitslosenfürsicherung mit entsprechenden Beiträgen der Unternehmer? Ah, gar keine Spur! Man will im Gegenteil eine wesentliche Verschlechterung des Genter Systems herbeiführen! Das Genter System soll „organisatorisch“ hauptsächlich in folgendem „ergänzt“ werden:

Die Feststellung und Kontrolle der Arbeitslosen wird von den Gemeinden und Bezirken unter persönlicher Verantwortung der leitenden Funktionäre und mit Hilfe amtlicher Organe durchgeführt und haben diese Selbstverwaltungsverbände das Recht, allen Arbeitslosen, welche eine Unterstützung beziehen, angemessene Arbeiten für öffentliche Zwecke zuzuteilen.

Der Schwerpunkt der ganzen Aktion ist auf die produktive Fürsorge zu legen, damit zweckmäßige Notstandsarbeiten durchgeführt werden, wobei den Gemeinden, welche die Notstandsarbeiten durchführen, die Einhebung eines weiteren besonderen Zuschlags bis zu 50 Prozent bewilligt werden kann.

Der staatliche Beitrag nach dem Genter System ist auf drei Viertel des durchschnittlichen Lohnes der landwirtschaftlichen Arbeiter in dem betreffenden Gebiet zu beschränken, und ist nur an jene Fachorganisationen auszubehalten, welche das Gesetz in seinem vollen Umfang erfüllen.

Die Auspreisungsaktionen sind in der bezeichneten Art auf Initiative der Gemeinden und unter Kontrolle der Bezirksbehörden durchzuführen, so daß die Unterstützung vor allem in notwendigen Naturalien zur Ausgabe kommt.

Die deutschen Landbündler, die sich erfrecht haben, bei den letzten Gemeindevahlen auch als Arbeitervertreter zu kandidieren, verlangen demnach die Herabsetzung des Staatsbeitrages für organisierte Arbeitslose und Ersatz der Selbsthilfen an Unorganisierte durch Naturalien sowie bei schärfer Kontrolle durch oft arbeiterfeindliche Vorsteher usw. die Einführung der Zwangsarbeit!

In der Begründung dieses famosen Antrages wird ausgeführt, vom „sozialen Standpunkt“ sei es gerecht, einen „Ausgleich“ zwischen den Unterstützungen der Arbeitslosen und dem tatsächlichen Lohn der arbeitenden landwirtschaftlichen Arbeiter herbeizuführen. Der diese Lebensstandard der landwirtschaftlichen Arbeiter soll nach dem „sozialen“ Empfinden der deutschen Agrarier auch für die städtischen Arbeitslosen gelten. Doch in der Stadt die Lebenshaltung wesentlich höher ist, als am Land, darnach fragen die Landbündler nicht im mindesten. Die Saisonarbeiter, speziell die Bauarbeiter, sollen von der Unterstützung überhaupt ausgeschlossen werden. Die Notunterstützung soll obligatorisch sein. Die Landbündler wollen demnach ihre Warenüberschüsse an die Arbeitslosen loswerden. Außerdem fordern sie in ihrem Antrag, der von Böllmann und Hodina firmiert wird, erhöhten Schutz, d. h. höhere Zölle gegen die ausländische Konkurrenz und billige Kredite für die Landwirtschaft.

Wenn in dem landbändlerischen Antrag zum Schluß erklärt wird, daß durch denselben keine finanzielle Belastung (des Staates) entsteht, so ist das weit darüber hinaus richtig: Der Staat würde sich dabei ziemlich viel ersparen. Man sieht: wo die Agrarier die Maske der Arbeiterfreundlichkeit umbinden, haben sie eine Tauschelei gegen die Arbeiterschaft im Sinne.

Bei den Kernsten der Armen soll zu sparen angefangen werden, so gebietet es die „soziale Gerechtigkeit“ der Landbündler. Sie selbst schreien aber aus vollem Hals nach mehr Subventionen und Steuerherabsetzungen. Der landbändlerische Abgeordnete Wagner z. B. fordert die Erhöhung des Reisepreises „um ein beträchtliches“ durch Staatssubventionen. Bei all den vielen, vielen Millionen, welche die Agrarier aus Steuereinkünften einziehen, fällt ihnen nicht im Traum ein, von einer Arbeitspflicht der Bauern zugunsten der Allgemeinheit zu reden! Es ist sie auch nicht, daß durch Verringerung der Unterstützungen der Konsum leidet, die Hauptsache ist ihnen, wenn nur sie möglichst viel Staatsgelder ohne jede Gegenleistung ergattern können.

Der Antrag Böllmann-Hodina zeigt wieder einmal der Arbeiterschaft, was sie von einer Rettung zu erwarten hätten, in der die Agrarier nach Belieben schalten und walten könnten. Mit welcher bodenlosem Haß unser Fürsorgeminister Genosse Dr. Czech und sein Werk von den Agrariern bedroht wird, zeigt ihre Waffentätigkeit. Umso fester muß die Arbeiterschaft zu ihm stehen.

Die Tschechoslowakei - ein Land niedriger Löhne und hoher Preise

Im „Právo Lidu“ veröffentlichte dieser Tage Genosse Dr. Czden Stern einen Aufsatz, aus dem wir einige statistische Ziffern hervorheben. Zunächst über die

Arbeiterlöhne.

Es beträgt der Stundenlohn eines erwachsenen Arbeiters in der Metallindustrie im Verkehr

In Amerika	Ks 21.90	Ks 24.50
In England	Ks 10.30	Ks 10.80
In Deutschland	Ks 10.—	Ks 11.80
In der Tschechoslowakei	Ks 4.—	Ks 4.30

Die Löhne in der Tschechoslowakei sind also von diesen vier Ländern die niedrigsten.

Wie verhält es sich dagegen mit den Preisen?

Es kosteten 100 Kilo Weizen im März 1931 in der Tschechoslowakei Ks 150.53, in Oesterreich Ks 102.97, in England Ks 83.05, in Belgien Ks 81.34, in Holland Ks 74.43.

100 Kilo Weizenmehl kosteten in der Tschechoslowakei Ks 245.50, in Oesterreich Ks 230.13, in Ungarn Ks 200.04, in England Ks 146.88.

100 Kilo Korn kosteten im Jänner 1931 in der Tschechoslowakei Ks 95.61, in Oesterreich Ks 86.67, in Polen Ks 70.—, in den Vereinigten Staaten Ks 60.24, in Ungarn Ks 58.52.

Der Preis des Zuckers betrug im März 1931 pro 100 Kilo in der Tschechoslowakei Ks

555.—, in Oesterreich Ks 513.65, in Holland Ks 456.21, in den Vereinigten Staaten Ks 335.—, in Deutschland Ks 329.66, in Frankreich Ks 259.33.

Aber nicht nur die Preise der Lebensmittel, auch die Preise industrieller Rohstoffe sind in der Tschechoslowakei am höchsten. Es kostete am 1. März 1931 100 Kilo Gußeisen in der Tschechoslowakei Ks 65.—, in Deutschland Ks 62.69, in Belgien Ks 47.96, in Großbritannien Ks 47.21, in Frankreich Ks 37.66. Dasselbe sehen wir bei Blei, wovon 100 Kilo im März in der Tschechoslowakei Ks 294.—, in Frankreich Ks 258.—, in England Ks 212.— kosteten. Zinn kostete pro 100 Kilo in derselben Zeit in der Tschechoslowakei Ks 2193.—, in Frankreich Ks 2151.—, in Deutschland Ks 2033.—, in England Ks 1968.—, in den Vereinigten Staaten Ks 1944.—, Kupfer in der Tschechoslowakei Ks 870.—, in Frankreich Ks 826.—, in Deutschland Ks 792.—, in England Ks 724.—.

Vom September 1926 bis zum September 1931, also in fünf Jahren, sind bei uns

die Großhandelspreise um 26 Prozent, die Kleinhandelspreise der Lebensmittel jedoch nur um 12 Prozent gesunken.

Hohe Preise und niedrige Löhne schwächen unseren Inlandsmarkt und verschärfen die Wirtschaftskrise.

Hoovers Botschaft an den Kongreß.

Ein Mißverhältnis im Staatshaushalt.

Washington, 8. Dezember. In seiner Jahresbotschaft an den Bundeskongreß kündigte Präsident Hoover an, daß er die außenpolitischen Fragen in einer späteren Sonderbotschaft ausführlicher behandeln werde. Heute beschränkte er sich auf einen kurzen Rückblick.

Die Wirtschaftskrise in Deutschland und in Mitteleuropa habe im Juni das Ausmaß einer allgemeinen Panik angenommen und es sei klar geworden, daß diese Nationen ohne auswärtige Hilfe zusammenbrechen würden.

Vor allem aber war es von größter Wichtigkeit, dabei mitzuhelfen, daß das deutsche Volk von der unmittelbar bevorstehenden Katastrophe bewahrt und Deutschlands Stabilität erhalten bleibe.

Wenn die Welt zu einer angemessenen Lebenshaltung zurückgelangen will, so muß sie sowohl die Flotten als auch die anderen Rüstungen weiterhin verringern.

Eine allgemeine Revision des Zolltarifes lehnte Hoover ab, da dadurch die Depression nur verlängert werden würde. Das gegenwärtige System scharfer Einschränkung der Einfuhr-

derung durch Verwaltungsvorschriften wünschte er auf eine gesetzliche Basis gestellt zu sehen. Im Uebrigen kündigte Hoover Gesetzentwürfe für höhere Steuern als Notmaßnahme für die nächsten zwei Jahre an.

Unter erneuter Betonung der notwendigen Erhaltung des traditionellen Prinzips individueller Betätigung

lehnte Hoover die Arbeitslosenunterstützung in direkter oder indirekter Form ab.

Ueber die Bundesfinanzen teilte Hoover mit, daß der Rückgang der Steuereinkünfte und die vermehrten Ausgaben für Notstandsarbeiten zu einem Defizit geführt hätten, das sich Ende Juni d. J. auf 903 Millionen Dollar belaufen hätte und Ende Juni nächsten Jahres etwa 2123 Millionen Dollar betragen dürfte. Die öffentliche Schuld werde sich am Ende des laufenden Etatsjahres um 1711 Millionen Dollar erhöhen. Dies sei eine untragbare Situation, die teils durch die Aufnahme von Anleihen, teils durch erhöhte Steuern korrigiert werden müsse.

Die Musiker fordern ihr Recht!

Manifestationskundgebung des Verbandes der Musikerverorganisationen.

Die gesamtstaatliche Dachorganisation der Musikerverorganisationen „Svaz organizací hudebníků“ hielt am 7. d. M. im „Obchodový dům“ in Prag eine öffentliche Versammlung ab. Der Svaz bereinigt seit 1926 zehn Organisationen beider Nationen, darunter auch den „Musikpädagogischen Verband“ in Prag und den „Musiker-Verband“ in Teplic und erfährt an 20.000 Personen. U. a. hatte auch das Handelsministerium einen Vertreter entsendet, für die Sozialdemokratie war Genosse Abg. Taverle erschienen.

Für die ausübenden Musiker (proch nemens der „Unie“ Sekretär Sulan. Nachdem er die durch das Ueberhandnehmen der mechanischen Musik an sich erschwerte Existenzlage dieses Berufes dargelegt hatte, besahnte er sich mit der durch kein Gesetz gehinderten unlauteren Konkurrenz nicht qualifizierter Dilettanten, vor allem leider öffentlicher Angestellter, und zwar oft solcher, die sich in höheren Stellungen befinden und nicht auf Nebenwerb angewiesen sind. Ferner ist es die Militärmusik, die trotz eines Versprechens des Verteidigungsministers Dr. Viskovský in unzulässiger Weise mit den Berufsmusikern konkurriert. Der Referent verlangt gesetzliche Abstellung dieser Unzulänglichkeiten.

Die Lage der privaten Musiklehrer und Lehrinstitute kennzeichnete Prof. Džekman. Auch hier zeigt sich der Mangel eines gesetzlichen Schutzes in geradezu katastrophaler Weise. Im Gegensatz zu Deutschland und Oesterreich macht sich bei uns eine Wirtelkonkurrenz breit, gegen die bei dem Mangel entsprechender Schutzbestimmungen nichts auszurichten ist. Um so schlimmer, daß die Hauptstadt Prag daran geht, durch Einführung von „Instrumental-Kursen“ an den Schulen die Lage noch zu verschlechtern. Die Verdienste dieser Kurse kommen wieder nicht den berufsmäßigen Musiklehrern zugute, die Erwerb- und Umsatzeuener zahlen müssen, sondern stellen einen Nebenwerb für anderweitig fest angestellte Lehrkräfte dar. In dieser Richtung wird gleichfalls gesetzliche Abhilfe gefordert.

Namens der Kapellmeisterorganisation sprach Sekretär Blážíš, der sich insbesondere mit der

Frage der Altersversicherung für die selbständig Erwerbstätigen und der gewerbegesetzlichen Regelung der Berufsfragen dieser Musikerkategorie befahte. Mit Dank und unter Beifall der Versammlung gedenkt der Referent des Initiationsantrages unseres Genossen Abg. Taub vom Juli d. J., Zahl 1301, auf Regelung der Dienstverhältnisse der Privatlehrerschaft einschließlich der Musikpädagogen. In der hierauf einstimmig beschlossenen Resolution, die in sieben Punkten die vorstehenden Forderungen der ausübenden Musiker und Musiklehrer zusammenfaßt, wird unter Punkt 6 auch die ehestes parlamentarische Behandlung des Antrages Taub verlangt. Nachdem noch Genosse Abg. Taverle auch namens seines Klubs die Unterstützung der berechtigten Forderungen des Verbandes zugesagt hatte, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Schlusstagung des ungarischen Parteitages.

Budapest, 8. Dezember. Der sozialdemokratische Parteitag wurde heute geschlossen. In seinem Referat über „Systemwechsel oder Katastrophe“ stellte Weltner fest, daß die ungarische Gegenrevolution nicht imstande sein werde, sich mit Standrecht und Versammlungsverbot in dem bevorstehenden Zusammenbruch zu behaupten. Er bezeichnete es als eine Schande für ganz Ungarn, daß die politischen Emigranten, die vor zwölf Jahren aus Ungarn vertrieben wurden, noch immer nicht heimkehren können. Der Kongreß bereitete den politischen Flüchtlingen große Ovationen. Dann erklärte Weltner, ebenso wie die österreichische Sozialdemokratie werde auch die ungarische Arbeiterschaft jeden Restaurationsversuch mit äußerster Entschlossenheit verhindern. Die ungarische Arbeiterschaft hofft, daß die Staatsform des Landes in Völkereineinvertröstliche Republik sein werde.

In der Debatte stellten zahlreiche Redner fest, daß die Kinder der Landarbeiter von Gen darmen zum Lebende-Dienst gezwungen werden.

In seiner Schlussrede erklärte Propper, daß das Jahr 1932 für Ungarn entweder den Sieg der Demokratie oder eine neue Revolution bringen werde.

Was wir uns merken müssen:

„Nationaler Verrat“ gelangt?

Noch jede Wahl seit den Zeiten des alten Oesterreich ist von unseren Gegnern mit dem Argument des „nationalen Verrats“ der Sozialdemokratie bestritten worden. Auch bei den letzten Gemeindevahlen war der „nationale Verrat“, der darin bestand, daß wir mit den tschechischen Sozialdemokraten koppelten, der Hauptschlager vor allem der Nazi.

Nach den Wahlen wurden die Koppelungen deutscher und tschechischer Sozialdemokraten, die dazu dienen, Arbeiterinteressen in den Gemeindevahlen durchzusetzen, mit lautem Geschrei als nationaler Verrat ausposaunt. Die Nazi haben sich als Sittenrichter der deutschen Nation nicht nur über uns, sondern auch über die Nationalpartei aufgeregt; weil in Bodenbach ein Nationalparteilerner auch zwei tschechische Stimmen erhielt, wurde er als nationaler Verräter verpöht. Als in Ruffig Genosse Pözl mit Stimmen der tschechischen Parteien gewählt wurde, war es natürlich nationaler Verrat. Als in Schwarz unsere Genossen die Wahl eines tschechischen Sozialdemokraten ermöglichten (während die Deutschbürgerlichen 1927 für einen tschechischen Nationalisten gestimmt hatten), war das „nationaler Verrat“.

Da mag es nützlich sein, einige kleine Ereignisse der letzten Zeit aus der Lokalrubrik herauszubeden und besonders zu vermerken. Man wird sie den Herren Nationalsozialisten gelegentlich unter die Nase halten müssen:

In Ladowitz haben die deutschen Nationalsozialisten für einen tschechischen Nationalsozialisten als Bürgermeister gekümmert und seine Wahl ermöglicht. Ausrede: Man könne von ihnen doch nicht verlangen, daß sie für einen Kommunisten stimmten! Da sei ihnen der tschechisch-nationale Bürgermeister schon lieber...

In Brüg haben die Nazi sich gleich doppelt gegen die heiligen Grundzüge des Dritten Reiches vergangen. Dort haben sie ihre Stimmen für den tschechischen Juden (Gewerbesteuereiter) Propper als Vertreter in der Finanzkommission abgegeben.

In Kopitz, wo bisher ebenfalls ein kommunistischer Bürgermeister war, haben die Nazi durch ihre fünf Stimmen die Wahl eines tschechischen Nationalsozialisten zum Bürgermeister, eines tschechischen Nationaldemokraten (!) zum zweiten Stellvertreter ermöglicht, während zum ersten Stellvertreter ein deutscher Hitlermann mit fünf deutschen und dreizehn tschechisch-nationalen Stimmen gewählt wurde.

Die Nazi rechtfertigen diese Handlungen damit, daß die Kommunisten angeblich scharfe Gegner des Nationalsozialismus seien und ihn deshalb bekämpften. Darum seien ihnen tschechisch-nationale Vertreter lieber. Also geht eben doch das Parteiinteresse über die nationale Sache? Was sollen wir da sagen? Keine Partei bekämpft uns so gewählig wie die Nationalsozialisten — wenn wir aber lieber für einen tschechischen Sozialdemokraten als für einen deutschen Josefien stimmen, kommt man uns mit dem „nationalen Verrat“! Wir werden jedenfalls die Gegenbeweise in Evidenz führen und den demagogischen Völkerverdummern ihr Verratsgeschrei nächstens verzeihen.

Die Pfundverluste der Bank von Frankreich

werden vom Staat übernommen.

Paris, 8. Dezember. Finanzminister Flaudin legte heute der Deputiertenkammer den Entwurf des Abkommens zwischen den Staatskasse und der Bank von Frankreich über die Deckung der Verluste, welche die Bank von Frankreich durch den Rückgang des englischen Pfund erlitt, zur Ratifizierung vor.

Die Bank von Frankreich hatte zur Zeit, als England den Goldstandard aufgab, einen Vorrat von 62 Millionen Pfund Sterling. Die französische Regierung erkaufte damals die Bank von Frankreich, die Pfund zu halten, einerseits aus Freundschaft zu England, andererseits um die Bank auf dem Geldmarkt nicht zu erhöhen. Nach dem weiteren Rückgang des englischen Pfund betragen heute die Verluste der Bank von Frankreich rund 2,5 Milliarden Frank. Die Regierung will diese Verluste der Bank von Frankreich durch Auslegung besonderer Vons der Staatskasse decken.

„Uneträglich“ ungünstige Bilanz des englischen Handels mit Rußland.

London, 8. Dezember. Die Blätter veröffentlichen einen Bericht des Vollzugsausschusses der Vereinigung britischer Handelskammern über den Handel mit Rußland. Darin wird die für England ungünstige Bilanz dieses Handels als uneträglich bezeichnet. Besonders wird es bemängelt, daß England für russische Einfuhrgüter bezahlt, die von Rußland für Ankauf von Maschinen und Werkzeugen bei Englands Konkurrenten benutzt werden. Es wird daher vorge schlagen, mit Rußland eine in dieser Beziehung auf Gegenseitigkeit beruhende Vereinbarung abzuschließen.

Tagesneuigkeiten

Kampf zwischen Gefängniswärter und Sträfling.

Die „Zukunft“ meldet aus Pilsen: Der 33jährige Doppelraubmörder Raimund Ehrlich sitzt in der Strafanstalt Bory eine lebenslange Kerkerstrafe ab. Schon einmal versuchte er auszubrechen, stürzte aber von der Mauer herab und brach sich ein Bein. Seit dieser Zeit hinkt er und sollte über sein Ersuchen zu einem Röntgenologen geführt werden. Als am Freitag nachmittags der Gefängniswärter Matias Majer den Ehrlich vom Arzt zurückführte, schlug dieser den Gefängniswärter knapp vor der Strafanstalt mit dem Stabe über den Kopf und ließ davon. Der schwerverletzte Gefängniswärter holte ihn jedoch ein und in dem Kampf, der sich zwischen beiden entspann, zog schließlich Majer den Revolver, doch gelang es Ehrlich, dem Wärter den Revolver zu entreißen. Majer konnte Ehrlich glücklicherweise am Schenkel hindern. Auf seine Hilferufe eilte schließlich der Gefängniswärter Franz Frank herbei. Nun konnte der Sträfling überwältigt und in die Strafanstalt zurückgeführt werden.

Gemekele in der peruanischen Hauptstadt

Lima, 8. Dezember. Bei einem Zusammenstoß zwischen Zivilisten und Polizei in der Nähe von Lima wurden 10 Personen getötet und 13 verwundet.

Im Neumünster-Prozess gegen 21 Kommunisten, die an den Zusammenstößen am 11. November beteiligt waren, wurde der Hauptangeklagte wegen Landfriedensbruch zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Die übrigen 20 Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen von vier Monaten bis zu einem Jahr.

Die Fliegerin Ely Weinhorn ist Montag abends auf dem Flugplatz in Konstantinopel gelandet. Sie gedenkt ihren Flug in den nächsten Tagen über Bagdad nach Australien fortzusetzen.

Junglehrer und Nationalsozialismus. Wir hoben vor einiger Zeit an eine Resolution der Junglehrerschaft anknüpfend die Bemerkung gemacht, daß die Junglehrer durch ihre Agitation für den Nationalsozialismus selber selbst dazu beitragen, daß ihre Lage so schlecht ist (was übrigens im gleichen Maße für die Beamten fast aller Kategorien gilt). Die Arbeitsstelle der Junglehrer legt Wert auf die Feststellung, daß sie als Organisation völlig unpolitisch ist und daß wir mit unserem Hinweis nicht die Organisation gemeint haben. Wir stellen das gern fest, da wir keinerlei Anlaß haben, die Organisation der Junglehrer einer politischen Vereinnahmung zu zeihen. Unser Vorwurf richtete sich persönlich gegen jene zahlreichen Junglehrer, die politische Agitatoren der Nationalsozialisten sind, also die Sozialdemokratie bekämpfen und ihr es dadurch erschweren, die Widerstände der bürgerlichen Parteien zu überwinden.

Polizeistand. An der Ostseite von Sumatra, in der Nähe der Stadt Bengkalis wurden drei Polizeibeamte, die drei Mörder verhaften wollten, von einer Aufrißtruppe getötet.

Der Berliner Rechtsanwalt Pagenkemper, gegen den wegen Unreue und Unterschlagung von Mandantengeldern Haftbefehl erlassen wurde, da er zu dem anberaumten Termin nicht erschienen war, wurde gestern früh in seiner Villa erschossen aufgefunden. Die Kriminalpolizei hatte von seinem Aufenthalt in seiner Villa Kenntnis erhalten und umstellte früh um 5 Uhr mit Unterstützung eines Ueberfallkommandos die Villa. Gerade in dem Moment, als die Kriminalpolizei in das Haus Einlaß begehrte, hörte sie aus dem ersten Stock einen Schuß, und stellte nach gewalttätigem Eindringen in die verbarrikadierte Villa fest, daß sich der Gesuchte durch einen Schläfenschuß erschossen hatte.

20 Mordopfer im deutsch-holländischen Grenzwald? Die Untwörter des deutsch-holländischen Grenzwaldes von Putbroel, in dem vor einigen Tagen die Leichen von vier ermordeten jungen Männern entdeckt wurden, behaupten, daß im Laufe des letzten Jahres etwa 20 Personen aus dem Grenzgebiet auf geheimnisvolle Weise verschwinden seien. Die Bevölkerung glaubt fest daran, daß die Vermissten sämtlich Opfer des dringend verdächtigen und verhafteten Jagdaufsehers van den Elzen geworden sind.

Eine grauenvolle Missetat ist Montag abends in einem Einfamilienhaus in Speising bei Wien entdeckt worden. Dasselbst wurde die frühere Eigentümerin des Hauses, Frau Justine Rahr, eine geschiedene Frau, erschlagen aufgefunden. Der Mord ist wahrscheinlich mit einem Rudekwaller verübt worden. Die Erhebungen ergaben, daß Frau Rahr im Besitze einer größeren Geldsumme war, da sie ihr Einfamilienhaus verkauft hatte. Von dem Täter hat man bisher keine Spur, doch wurde unter den Briefschaften der Frau ein Schreiben gefunden, worin sie jemand für Montag abends zu einer Zusammenkunft einlud. Es ist möglich, daß dieses Schreiben einen Fingerzeig für die weiteren Erhebungen bieten kann.

Selbstmord eines Calmette-Anwalts. Der Berliner Rechtsanwalt Dr. Walter Ligner, ein Zögling von Professor Alberg, hat sich in seiner Wohnung in Berlin-Spandau aus bis jetzt unbe-

Soldatenshinderei in der Prager Kavallerietasche.

Verhandlung vor dem Divisionsgericht. — Milde Strafen für sadistische Soldatenquäler.

Vor dem Prager Divisionsgericht fand Montag die Verhandlung gegen zwei Unteroffiziere des Kavallerieregimentes Nr. 1, welches auf dem Jnvalidenplatz in Prag untergebracht ist, statt, welche die ihnen untergeordnete Mannschaft lange Zeit hindurch auf das unmenschlichste und grausamste gequält haben, ohne daß ihre Opfer den Mut gefunden hätten, darüber Beschwerde zu führen. Hätte nicht einer der Soldaten, welcher von dem Korporal Beránek mit der Faust ins Gesicht geschlagen wurde, in begreiflicher Erregung zurückgeschlagen, wäre das Treiben in der Kavallerietasche vielleicht überhaupt nicht in der Öffentlichkeit gedungen. Beránek stand bereits vor einiger Zeit vor dem Gericht, welches ihn damals zu vier Monaten verurteilte, welche Strafe er auch bereits verbüßt hat.

Nunmehr stand der dreißigjährige Soldat Franz Babicka, in Zivil Bergmann aus der Duxer Gegend, der Gefreite Josef K. u. P., Handlungsgeselle aus Brüx, und der Gefreite B. Slavka aus Prag vor Gericht. Babicka war wegen Verletzung der Subordination, die beiden abern wegen des Verbrechens der Nichtbefolgung der Dienstvorschriften und des Vergehens gegen die körperliche Sicherheit angeklagt. Während der Verhandlung kamen unerhörte Einzelheiten heraus. Das geringste waren noch die Beschimpfungen, mit welchen die angeklagten Unteroffiziere die Mannschaft bedachten. Besonders Beránek, aber auch Kup, waren geradezu erschütternd in der Verhängung von „Strafen“ über die Soldaten. Mit besonderer Vorliebe schlug Kup die Reute zum Exerzieren, wenn der Platz vom Regen aufgeweicht und voller Pfützen war und ließ dann Übungen auf dem Boden vornehmen. Ein anderes Mal

ließ er die Soldaten in der Reitschule im Kreise laufen und trieb sie dabei mit der Peitsche an.

Einem Soldaten, welcher eine Frage nicht beantwortet konnte, ließ er das Gewehr auf den ausgestreckten Händen halten, bis er vor Erschöpfung fast umfiel und

besah dann den anderen, mit gezogenen Säbeln um den Körper des Mannes zu

knüpfen Gründen erschossen. Ligner war im Lüberer Calmette-Prozess von Alberg vertretungsweise mit der Verteidigung von Professor Deyle beauftragt.

Das Eisenbahnministerium schreibt einen unerbittlichen öffentlichen Konkurs auf Beseitigung von Schienenmotorfahrzeugen für das Jahr 1932 aus, und zwar: 5 vierachsige Motorenwagen normaler Spurweite 3. und 2.3. Klasse, 12 Wagen 3. Klasse, jedoch zweiachsige, 70 Schienenautobusse 3. Klasse normalspurige, 3 Schienenautobusse 3. Klasse, jedoch mit 760 Millimeter Spurweite, 5 Lokomotoren, normalspurig für Verschubdienst. Nähere Angaben sind in den Amtsblättern und im Mitteilungsblatt des Eisenbahnministeriums enthalten.

Gefällige 10 Schilling-Noten. In der Zeit vom 2. bis 5. d. d. tauchten in Wien und Umgebung einige solche 10 Schilling-Noten auf. Am 3. d. wurde nun in Inzersdorf bei Wien der Malergeselle Anton Fejer, in Leipmit in Währn geboren und nach Polen zugehörig, verhaftet. Nach anfänglichem Leugnen gab er zu, die Noten gefälscht zu haben, um sich für seine beabsichtigte Auswanderung nach Frankreich Geld zu verschaffen. Fejer gestand, bisher zwölf Noten hergestellt zu haben. Vier davon habe er veräußert, die restlichen acht waren so matt ausgefallen, daß sie ihm nicht geeignet erschienen.

Die Frau aus Eifer sucht erwürgt. In der Nacht zum Sonntag der 30. d. Bergarbeiter Karl Babik aus Eiferjud; seine 33jährige Gattin Franziska. Die Tat geschah Babik erst nach der gerichtlichen Seizurung ein, als der Arzt die Todesursache feststellte.

Das Erdbeben in Cerignola (Italien) fand in den letzten Tagen seine Fortsetzung. In der Nacht ereigneten sich wiederum heftige Erdstöße. Die Bevölkerung lamptiert bereits seit vier Tagen unter hellem Himmel gefessen. Die Stadtverordneten trifft Maßnahmen zur Sicherung der Gebäude und zur Beseitigung der bisherigen Schäden. Es wird versichert, daß das Erdbeben keinen Anlaß zu überhiesigen Befürchtungen zu geben braucht.

Schwedens Emigranten kehren aus Amerika zurück. Wie das „Schwedische Int. Pres.-Bureau“ berichtet, kehren Tausende von Schweden, die leinerezeit ihr Mutterland verlassen, wieder nach Schweden zurück. Vor drei und vier Jahren überwoog noch die Auswanderung nach den Vereinigten Staaten und Kanada, in den letzten neun Monaten dieses Jahres sind nicht weniger als 6000 Schweden-Amerikaner zurückgekehrt. Der Grund ist in den guten wirtschaftlichen Verhältnissen Schwedens zu suchen. Auch zahlreiche Schiffslinien wurden von Schweden an ihre Verwandten nach Amerika gesandt, während früher das Gegenteil der Fall war.

Spuren einer 10.000 Jahre alten Bevölkerung entdeckt. Wie das „Schwedische Int. Pres.-Bureau“ berichtet, hat man durch die Universität Upsala in der Nähe von Valsgärde in der Nähe von Upsala eine alte Wikinger-Gräberstätte aus dem siebenten Jahrhundert entdeckt. Man fand ein Boot mit einem waffengeschmückten Krüger, mehrere Pferde und Hausgeräte. Dazu kommt jetzt ein neuer Fund in der Nähe von Varberg an der Westküste Schwedens.

schlagen, damit dieser die Hände nicht herunterlassen könne.

Als die Kameraden den Befohlenen festhalten wollten, weil er einer Ohnmacht nahe war, ließ sie Kup einige Stunden lang in der Ecke knien und die ganze Reute mußte auf dem fetigen Übungsplatz Übungen durchführen, bei welchen sie sich im Schlamme wälzen mußten. Der Vorstehende, Major Benáček, richtete an einige Jungen die Frage, warum niemand sich beschwert habe. Die Antwort, welche von allen anwesenden Soldaten durch Kopfnicken bestätigt wurde, ist charakteristisch für die herrschende Stimmung. Der Gefragte sagte nämlich:

„Hätten wir uns beschwert, hätte man uns noch mehr gequält.“

Der Kommandant der Eskadron, Stabskapitän Cermak, soll von all dem nichts gewußt haben. Die Sache kam erst heraus, als Babicka wegen einer schlecht durchgeführten Übung (er war krank, durfte jedoch nicht zum Arzte gehen) von Beránek geschlagen wurde und zurückschlug. Dafür wurde er wegen eines Verbrechens unter Anklage gestellt, auf welches unter Umständen Todesstrafe steht.

Das Divisionsgericht sprach Babicka frei, wobei es von der Annahme ausging, daß er von Schmerzen gequält unter unverständlichen Zwänge gehandelt habe, und daß der Schlag gegen den Vorgesetzten als bloße Reibewegung aufzufassen sei. Der Gefreite Kup erhielt zweieinhalb Monate Gefängnis mit Haft und Dunkelzelle, jedoch

mit Rücksicht auf das gute Zeugnis, welches ihm seine militärischen Vorgesetzten ausstellen, auf drei Jahre bedingt.

Slavka, welchem man keine physischen Quälereien, sondern nur Beschimpfungen der Soldaten zum Vorwurf macht, wurde zu 14 Tagen bedingt auf ein Jahr verurteilt. Beide, Kup und Slavka, wurden außerdem degradiert.

Der Prozess gibt jedenfalls eine Vorstellung dessen, was alles an Tageslicht käme, wenn die Soldaten nicht befürchtet würden, wegen ihrer Beschwerden noch größere Unannehmlichkeiten zu haben.

Ein Arbeiter grub hier in einer Tiefe von zwölf Fuß Pfeilspitzen aus, deren Ursprung von den Archäologen auf 10.000 Jahre zurückgeleitet wird. Es ist dies einer der ältesten Funde, die man überhaupt in Schweden macht.

Wische in die Winde...

London, 1. Dezember. (Eig. Ber.)

Das Begräbnis des bedeutenden englischen Romanisten, Professor Sampson von der Universität in Liverpool, der vor wenigen Tagen gestorben ist, erfolgte mit einer seltenen Zeremonie und auf eine feierliche Art. Der Professor hatte testamentarisch verfügt, daß sein Körper nicht nur eingeäschert, sondern die Asche von dem Vic Foelgosh ins Tief gestreut werden sollte.

Professor Sampson hat drei Leidenschaften geliebt: seinen Studien, die ihn über die britischen Inseln hinaus bekannt werden ließen, seinen gälischen Bergen, in denen er am liebsten seine Ruhestunden verbrachte, und der Boheme des Saubes, der er einen eigenen Ritus der Umzugsformen gab. Die Wünsche des Toten wurden respektiert.

Nach der Verbrennung des irdischen Leibes im Krematorium — viele Hunderte ehemaliger Anhänger hatten sich eingefunden — bewegte sich der Trauerzug durch das Land zum Gebirge. Unterwegs schlossen sich Delegationen aus allen Gegenden Großbritanniens an. Eine eigenartige Gelehrtheit erwies dem Meister der romanischen Sprachen die letzte Ehre.

Zahlreiche Männer mit langen Haaren und tiefen Schlapphüten und Frauen in den buntesten Kostümen sammelten sich am Fuß des Berges Foelgosh. Die Urne wurde von dem Sohn des Verstorbenen und seinem besten Freund, dem bekannten englischen Maler Augustus John, getragen. Ihnen folgte ein Russierkorps bedeutender Künstler, die eine eigene zum Tode ihres Meisters komponierte Hymne spielten.

Zwischen malerischen Heilschluchten stieg der Zug mit abgeworfenen Schritten unter den klappenden Klängen vieler Geigen und Harfen zu dem Vieblingkaufenthalt Professor Sampsons. Er schloß langte man auf dem Vic an. Augustus John ergriff das Wort, um von dem toten Freund mit dieser Rede Abschied zu nehmen: „Bruder, dein Wunsch war es, daß deine Asche von diesem Gipfel, den du so oft bestiegst, als du noch lebend unter uns weiltest, in die Winde zerstreut werden möge. So wirst du im Tode, wie im Leben, mit den Bergen vereint sein. Wir erröthen dir keinen Gedenksteine. Der Berg wird künden, daß du warst. Deine Seele wird ewig leben wie diese Felsen, die die Urzeit gebor.“

Feierlich wurde die Urne geöffnet und die Asche über dem Abgrund entleert. Ein letzter Hymnus seiner Anhänger — und die sterblichen Reste des Meisters waren in Atome zerfällt. Tränenden Auges stand die Boheme auf dem Vic von Foelgosh in stummer Ergriffenheit — — Wenige Minuten später jubelte die Trauergemeinde im wirbelnden Tanz zu den lustigen Wellen der Duerpfeifer, denn Sampson hatte bestimmt: „Ihr sollt nicht klagen, wenn ich scheide!“

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen.

Donnerstag.
Prag: 11: Schallplatten. 14.10: Schallplatten. 18.35: Deutsche Sendung: Uglar: Wie richtet sich ein Heimbäuerlicher Landwirt eine Buchführung ein? 20: Konzert. 21.10: Konzert. — Brünn: 12.55: Orchesterkonzert. 18.25: Deutsche Sendung: Dr. Schärer: Wie wollen wir Städte sehen? 19: Rezitationen. — Nähr-Odrau: 16: Militärkonzert. 18.25: Deutsche Sendung: Salter: Das Wunderkind. 22.20: Leichtes Orchesterkonzert. — Berlin: 16.30: Orchesterkonzert. 19.10: Chorgesänge. — Breslau: 21: Dubelkallieder. — München: 21.30: Kammermusik. — Wien: 15.55: Pöcher zur Gitarre. 21: Volkslieder.

Das Gesetz schützt Polizeivillkür.

Das Recht der freien Meinungsäußerung ist nach der Verfassung vom 29. Februar 1920 gewährleistet; man tut seine Meinung kund im gesprochenen oder gedruckten Wort, wobei nach der Terminologie unserer „modernen“ Strafrechte die Wesentlichkeit als erschwerendes Moment hinzukommt. So wie die demokratische Republik in klarer ideologischer Folge der bürgerlich-nationalen Revolution der modernsten und wichtigsten Meinungsäußerung, dem Rundfunk, einen Maulkorb umzuhängen verstand, ebenso befreit sich in unserem Staatswesen, das sich nur in den allerersten Fällen seiner eigenen Verfassung bewußt wird, Justiz und Verwaltung die Grundzüge der Bestreitung nach Möglichkeit zu behaupten, eine Tendenz, die sich in den Handlungen der Staatsorgane in Sachen der Pressefreiheit besonders klar zeigt. Der Paragraph 23 unseres fast sieben Jahrzehnte alten Pressgesetzes verbietet kategorisch das „Ausrufen und Heißrufen von Traktatschriften an öffentlichen, außerhalb der zum Handel mit Presseerzeugnissen bestimmten Orten“; wer zum Verstoß, begeht eine Übertretung, die mit Arrest bestraft wird. Damit wurde seinerzeit, als noch der milde Kaiser regierte, die Kaspertage von Zeitungen auf der Straße verboten und außerhalb des Gesetzes gestellt, und da die presserechtlichen Bestimmungen trotz ungezählter Verprechungen und Enquetes im vierzehnten Jahr des Bestandes der Republik nicht gemildert wurden — die Pressgesetze Nr. 124 aus dem Jahre 1924 ist noch ärger als das monarchistische Gesetz — so ist heute tatsächlich auf Grund bestehender und in den Bestand eines freistaates übernommener Rechte die Zeitungskaspertage verboten und bedingungslos strafbar! Man könnte sich zwar theoretisch auf den Standpunkt stellen, daß die Beschränkung der Meinungsfreiheit als mit der Verfassung im Widerspruch stehend, rechtsunwirksam sei, weil nach dem bekannten Rechtsgrundsatz die spätere Gesetz ein früheres entgegengesetztes aufhebt, aber dergleichen Erwägungen bei dem heutigen Stand unserer Strafrechtspraxis anzustellen, erscheint ausläßlos.

Es muß darum betont werden, daß mit Tag für Tag auf allen Straßen, wo Zeitungen ausgerufen und gehandelt werden, einen ex-leg-Justiz sehen, den die Polizei nach Belieben abschaffen kann; ja, man könnte auch die Meinung vertreten, daß die Polizei verpflichtet sei, gegen Gesetzesübertretungen einzuschreiten und sie zu verhindern. Dieser hat nun die Sicherheitsbehörde diese Auffassung vertreten und für sich das Recht in Anspruch genommen, den Verkauf derjenigen Zeitungen unmöglich zu machen, die ihr gerade ein Dorn im Auge waren und ganz nach Belieben Personen schmerzhaft und der Pressefreiheit entgegenzuwirken, die zufällig die Aufmerksamkeit eines Bewachters der Ordnung erregt hatten. Dieser Zustand ist natürlich unmöglich, und mit dem Ernst primitiver Freiheitsbegriffe unvereinbar; wenn die Polizei in Prag die Verbreitung einer Studentenzeitung, des „Neuen Schallampf“ verbietet, weil eine Gymnasialdirektion die würdige 50 Jahre Feier um keinen Preis trüben lassen will, wenn dieselbe Polizei dabei einige Studenten festhält, die der naiven Ansicht sind, daß die Presseerzeugnisse, die das gewiß nicht freigeistliche Justizdepartement passiert haben, straflos verkaufen dürfen, so ist sie formal durch das Gesetz gedeckt. Und niemand hat bisher dieser Willkür Schranken zu setzen versucht, niemals hat die Gesetzgebungsmacht dieses Staates sich zu der außergewöhnlichen Leistung aufgeschwungen, diesem unwürdigen Zustand durch eine ganz kurze Novelle entgegenzutreten und den betrichtigten § 23 des Pressgesetzes einfach außer Kraft zu setzen. Die Polizei macht sich bis heute immer wieder das Recht an, nach Belieben zu entscheiden, was auf der Straße den Staatsbürgern als Lesestoff angeboten werden darf. In der Hand einer verantwortungsbewußten Justiz und Polizei könnte der § 23 natürlich zur Unterdrückung milderlicher Boulevardliteratur verwendet werden; aber weit gefehlt: der starke Arm der Ordnungshüter richtet sich nicht gegen Schundliteratur der Revolverpresse, sondern gegen die Presse, deren Haltung der Bürokratie nicht paßt. Dieser Zustand ist unhaltbar; der § 23, bisher ein beliebtes Gaudium von Politikern und Staatsanwälten, muß verschwinden, und es wäre höchste Zeit, daß das Justizministerium die nötigen gesetzgeberischen Schritte unverszüglich einleitet. Solange sich die Staatsanwälte mit Vergnügen der Polizei zwecks Verfolgung derartiger „Delikte“ zur Verfügung stellen, solange kein Gericht das verfassungswidrige derartige Verfolgung anprangert, bleibt kein anderer Weg, als durch strikten gesetzlichen Befehl den unwürdigen Zustand zu beseitigen.

Dr. B. S.

Lustiges über den kommunistischen „Wahltag“ in Babil.

Der kommunistische „Vorwärts“ und seine Ableger brachten dieser Tage in großartiger Aufmachung die Meldung von einem glänzenden kommunistischen Wahlerfolg in Babil bei Brünn, wo angeblich am 22. November Wahlen in die Gemeindevertretung durchgeführt worden sein sollen — ohne daß irgend ein Brünnner Blatt von diesem Ereignis etwas erfahren oder mitgeteilt hätte.

Glänzender Wahlerfolg in Babil.

Sonntag, den 22. November, fand in Babil bei Brünn die Wahl in die Gemeindevertretung statt. Abgesehen die kommunistische Partei in diesem Orte erst vor kurzem eine Ortsgruppe gründen konnte und zum ersten Male kandidierte, konnte sie einen glänzenden Erfolg erzielen.

Die kommunistische Partei erhielt von 455 abgegebenen Stimmen 132 Stimmen und 6 Mandate.

Die sozialdemokratische Partei erhielt von ihren früheren 69 Stimmen nur noch 15 Stimmen.

Dieser glänzende Erfolg der kommunistischen Partei ist vor allem darauf zurückzuführen, daß ein großer Teil der Arbeiterschaft die Rolle der Partei als Kämpfer richtig erkannt hat und mit dieser Partei ein für allemal Schluß machte und ihre Stimme der kommunistischen Partei gab.

Daß die junge kommunistische Ortsgruppe Babil den glänzenden Wahlerfolg auch organisatorisch zu verzeichnen versteht, wurde durch die am Dienstag, den 24. November, abgehaltene Versammlung bewiesen, in welcher es ihr gelang, 15 neue Parteimitglieder zu gewinnen. In dieser Versammlung wurde auch ein Sturzplan aufgestellt und es besteht bei der Aktivität der dortigen Genossen die volle Voraussetzung zur Verwirklichung dieses Planes. Die neue Organisation der kommunistischen Partei wird gedeihen, trotz der Verfolgungen seitens des Staatsapparates und des Terrors der Sozialfaschisten, die nach dem Bekanntwerden des kommunistischen Wahlerfolges die Sprache verloren haben.

Daß es in Babil keine Hakenkreuzler gibt, weiß hier jedes Kind, daß es in Babil bei Brünn am 22. November auch keine Gemeindevahlen gegeben hat, war rasch mit vollkommener Sicherheit festgestellt. Die Redaktion des „Vorwärts“ war also einem kleinen Grabenhund aufgefressen...

Kinder-Geschichten.

Die Schelle.

Onkel Gustav hat seinem Nefen Gerd eine Klingel zum Spielen gegeben. Inbrünstig schellend wandert er durchs Zimmer und spielt: „Lumpen — Flaschen — Papier!“ — Undersichens haut er sich dabei die Schelle tüchtig ins Gesicht und Onkel und Tante erwarten einen Tränenstrom. Aber nichts davon. Unendlich gelassen dreht der Kleine sich um und sagt über die Schulter:

„Da hat der Onkel Gustav mal wieder 'ne schöne Dummheit gemacht, daß er mir die Schelle gibt!“

Das Kinoplakat.

Vielclottchen hat schon immer so gern ein Geschwisterchen haben wollen, aber immer, wenn sie die Mutter fragt: „Worum bekomme ich denn kein Brüderchen oder Schwesterchen?“ wurde ihr gesagt: „Das können wir uns nicht leisten, das ist zu teuer!“ Als Vielclottchen zur Schule gekommen ist und lesen gelernt hat, kommt sie eines Tages an einem Kino vorbei, an dem ein großes Plakat steht. Sie kann ihren Augen nicht trauen, als sie es liest, und ganz strahlend rennt sie nach Hause: „Mutti, Mutti, denke bloß, wir müssen ins Kino an der Ecke, da steht: Kinder halbe Preise, da können wir uns doch auch eins leisten!“

Einladung.

Der kleine Bobby war bei seinem Freund Heinz zum Spielen. Als es Zeit zum Nachhausegehen war, begann es zu regnen.

Heinz' Mutter gab Bobby ihres eigenen Sohnes Regenmantel und Gummischuhe.

„Oh, machen Sie sich doch nicht so viel Mühe“, sagte Bobby höflich.

„Durchaus keine Mühe, Bobby“, entgegnete diese, „ich bin sicher, daß deine Mama das gleiche für Heinz im umgekehrten Fall tät.“

„Mama würde noch mehr tun“, meinte Bobby feierlich. „Sie würde Heinz bitten, zum Tee dazu bleiben.“

Nicht nötig.

In Ingalstadt tummelte sich in den Weihnachtsferien vor einem Schulhaus eine Schaar Buben unter mörderischem Schreien und Indianergeheul. Mit einmal kommt der neue Hilfslehrer des Weges daher, aber seinem von den Buben fällt es ein, den Lehrer zu grüßen, alle Hochmütigen bleiben wie angewachsen auf den Köpfen. Der junge Lehrer ist darüber empört und fühlt sich verpflichtet, hier energisch zu wirken. „Kannt ihr mich denn nicht?“ fragt er die Buben.

„Ja, Sie san der neue Lehrer!“

„Warum grüßt ihr dann nicht?“ fragt nun der Lehrer streng.

„Allgemeines Erschauern und allgemeine Enttäuschung unter den Kleinen. Endlich rufen zwei: „Ja, ja, ja, hom mer doch Ferien!“

30mal Nobelpreisverteilung.

Zur Ubergabefesier am 10. Dezember. — Nobel und sein Testament.

Von Dietrich Reinhardt.

Am 10. Dezember findet zum 30. Mal in Stockholm die Verteilung des Nobelpreises statt, diesmal an die deutschen Gelehrten Bosh, Bergius und Warburg.

Die Erfindung Alfred Nobels, mit der er zum viersachen Millionär wurde, war die Ursache furchtbarer Katastrophen und verschuldete den Tod zahlreicher Menschen, wenn die elementare Kraft des Dynamits von Menschenhand nicht dirigiert durchbrach, oder zu Krieg und Verbrechen benutzt wurde. Sie ermöglichte aber auch zivilisatorische Großtaten, die ohne dieses Sprengmittel nicht möglich gewesen wären. Um die Blutschuld zu sühnen, hat Nobel vor seinem Tode jenes großzügige Testament gemacht, dessen Zinsen Rüstlern, Gelehrten und — hier wird der Wunsch nach Wiedergutmachung besonders deutlich — Kämpfern für die Friedensbewegung zugute kommt.

Alfred Nobel wurde am 21. Oktober 1833 als Sohn des schwedischen Ingenieurs Emanuel Nobel in Stockholm geboren. Da aber sein Vater kurze Zeit später der russischen Regierung in Petersburg eine Waffenfabrik einrichtete, verlebte Alfred Nobel seine Kindheit und Jugend in Rußland. Waffen und Sprengstoffe standen also von Kindheit an vor seinem Gesichtskreis. Als Siebzehnjähriger studierte er in Amerika Technik, Physik und Chemie und kehrte erst während des Krimkrieges, nachdem seine Studien abgeschlossen waren, nach Petersburg zurück, wo es alle Hände voll zu tun gab. Es existierte damals eigentlich noch kein arbeitsfähiger Hochexplosiver Sprengstoff, so daß mit fortschreitender chemischer und technischer Erkenntnis die Aufgaben und die Lösung des Problems beständig akut waren. Nach einem Jahrzehnt mühevoller Experimente und fast täglichen lebensgefährlichen Ringens war das Dynamit entdeckt. Aber Alfred Nobel hatte diese Entdeckung mit dem Verlust seines eigenen Bruders bezahlen müssen, der im Jahre 1861 mit der Fabrik in die Luft flog. Der vierunddreißigjährige Erfinder war gefährdet wie der Teufel und gehaßt wie die Pest. Niemand mochte ihn persönlich noch vollends gar seine Fabrik in der Nähe bilden, weil jeder meinte, im nächsten Augenblick mit ihm in die Luft zu fliegen. Ein einsames Schiff auf dem Mälaren südwestlich von Stockholm, blieb schließlich die Zufluchtsstätte für das Laboratorium, wo Alfred Nobel sein Patent für die Herstellung von „sicherem Nitroglycerin“ verbessern konnte.

Die Ausbreitung des neuentdeckten Sprengstoffes kostete der ganzen Welt furchtbare Blutopfer. In einem New Yorker Gasbehälter explodierte der Rest eines deutschen Ingenieurs mit mehreren Kilogramm Dynamit als Inhalt und riß drei Häuser weg, die Inzassen darunter begrabend; Schiffe mit Dynamitfracht explodierten und versanken, bei Sprengversuchen fielen Ingenieure und

Arbeiter — hier ein Duzend, dort beinahe vier Duzend, und dann floger wieder ganze Fabriken auf.

Nobel blieb Junggeselle: das Vermögen, das er hinterließ, betrug 50 Millionen Mark. Als er am 10. Dezember 1896 in San Remo an der Riviera starb, hinterließ er das großartigste Testament, das je ein Mensch gemacht hat. Er listet alles dem friedlichen Fortschritt der Menschheit.

Das Testament trägt als Datum den 27. November 1895, es sind darin fünf Preise ausgesetzt, für die bedeutendsten Leistungen auf den Gebieten der Physik, Chemie, Medizin oder Physiologie, der Friedensorganisation und der Literatur. Die erste Preisverteilung erfolgte im Jahre 1901, wobei Deutschland von den fünf Preisen gleich drei erhielt, den für Physik an Röntgen, den für Chemie an van Hoff und den für Medizin an Professor von Behring. Nicht immer wird alljährlich jeder der fünf Preise verteilt; falls kein geeigneter Bewerber vorhanden sein sollte, fällt er wohl auch einmal aus. Die aus dem Vermögen angesammelten Zinsen werden aber bei der nächsten Verteilung mitverwandt, so daß die Höhe der Preise von Jahr zu Jahr sehr verschieden ist.

Die Nobelstiftung hat ihren Sitz seit dem Jahre 1900 in Stockholm. Ein Kuratorium, das aus Regierungsdirektoren sowie Gelehrten der Universitäten Upsala, Lund, Kopenhagen, Oslo, Helsing und einigen anderen jährlich wechselnden Hochschulen, sowie allen früheren Nobelpreisträgern besteht, hat das Vorschlagsrecht; ein anderes, ähnlich zusammengesetztes, das Vorschlagsrecht. So beschließt zum Beispiel die schwedische Wissenschafts-Akademie in Stockholm über die Verteilung der Preise für Chemie, Physik und Literatur, das Karolinische Institut für Medizinische Forschung in Stockholm erteilt den Preis für Medizin oder Physiologie, während der Nobelfriedenspreis von einer norwegischen Landtagskommission unter Zustimmung des Nobelinstituts in Oslo zuerkannt wird.

Die Verteilung ist international, so daß alle Länder und ihre bedeutendsten Kapazitäten dafür in Frage kommen. Die Vorliebe für die Naturwissenschaften hat die Geisteswissenschaften stark in den Hintergrund gestellt, so daß schon wiederholt und nicht ungründet eine Revision des Nobeltestaments gefordert worden ist. Die juristischen Handhaben für eine solche Abänderung sind jedoch außerordentlich schwach.

Seit der ersten Verteilung vor dreißig Jahren, am 10. Dezember 1901, hat Deutschland im ganzen 38 Nobelpreise errungen. Dann kommt an nächster Stelle Frankreich, weiter England, dann die Vereinigten Staaten und Schweden, Holland, Dänemark, Norwegen, die Schweiz, Oesterreich und Belgien. Einzelne Preise gingen nach Rußland, Italien, Spanien, Polen, Indien usw.

Gerichtssaal

Beute und Gewinn.

Stehlen — ein schlechtes Geschäft!

Prag, 7. Dezember. Diebstahl ist ein miserables Geschäft, wenn die Beute nicht in barem Geld, sondern in Sachen besteht — mögen sie auch noch so wertvoll sein. Die eigentlichen Kupplerer sind stets die Händler, worunter man sich keineswegs immer dunkle Ergötzen vorstellen muß. Man hat auch schon sehr geschickte Kaufleute in dieser Rolle vor Gericht gesehen, wo sie sich mit mehr oder weniger Glück dahin zu entschuldigen suchten, sie hätten nicht gewußt, daß es sich um Diebstahl handelt, ohne aber erklären zu können, wie sie für die wertvollsten Dinge so lächerliche Preise zahlen konnten. Ein derartiger Fall stand vor dem Senat des OGH. Wafal zur Verhandlung. Die Hauptangeklagten sind zwei professionelle Wohnungsdiebe Pilsch und

Jahelka, die sich im Sommer d. J. das Budeisch-Dworsker Villenquartier als Tätigkeitsgebiet ausgedehnt hatten. Sie suchten sich solche Wohnungen aus, wo die herabgelassenen Jalousien anzeigten, daß die Wohnungsinhaber auf Sommerwohnung waren. Die Beute ist ganz erstaunlich. Aus einer einzigen Wohnung nahmen sie acht Kugeln, einen Diamant, Brillantringe, zwanzig Smeden, fünfzig Krawatten, goldene Uhren, Halsketten, ein Barometer, ein Mikroskop und vielerlei andere wertvolle Dinge mit. Die Beute hat einen Wert von 30.000 Kronen, der Pelzmantel allein 6000 Kronen. Und dieser sabelhafte Fischzug trug den Einbrechern alles in allem — siebenhundert Kronen ein. Der Diamant wurde für fünfzig Kronen verhandelt, die übrigen Sachen in ähnlicher Weise verschleudert. So mußten außer den zwei Hauptangeklagten auch noch zwei andere Leute wegen Teilnahme am Verbrechen des Diebstahles auf der Anklagebank Platz nehmen. Der eine ist berufsmäßiger Dieb und



viele Male wegen ähnlicher Sachen vorbestraft, der andere ein bisher unbekannter Mann, ein kleiner Schuster, der wie viele andere seinergleichen der Konkurrenz der Schuhindustrie erlegen ist und sich in seiner Ratlosigkeit zu solchen Geschäften überreden ließ. Er hat gleich beim ersten Versuch Pech gehabt. Die zwei Diebe wurden zu zwei Jahren und fünfzehn Monaten schweren Kerkers verurteilt, die beiden anderen Anzeigern zu acht und vier Monaten, wobei das Gericht dem Schuster eine dreijährige Bewährungsfrist zubilligte mit der ersten Ermahnung, von solchen Geschäften künftighin die Hände zu lassen.

Um eine Grabinschrift.

Prag, 7. Dezember. Anlässlich des 80. Geburtstages des Staatspräsidenten arrangierte die Veresverwaltung eine Ehrung besonderer Art. Die Flugzeuge einiger Jagdstaffeln formten nämlich das Monogramm des Staatsoberhauptes. Dabei kam es zu einem Zusammenstoß zweier Maschinen, wobei der 23jährige Pilot Georg Wazella den Tod fand. Seine Eltern legten ihm einen Grabstein mit einer Inschrift, in der es hieß, der Tote habe „in seinem schönsten Lebensalter als Opfer des 80. Geburtstages des Präsidenten“ den Tod gefunden.

Die Aufstellung des Grabmals wurde genehmigt, später intervenierte aber die Polizei bei den Eltern und forderte die Beseitigung der Inschrift. Als diese verweigert wurde, ordnete der Magistrat als politische Behörde die Entfernung an, wogegen die Eltern des Toten an die Landesbehörde rekurrierten, die in der Sache noch nicht entschieden hat.

Inzwischen hatte die Stibrun-Presse sich in der üblichen Weise des Falles bemächtigt und der nationalsozialistische „Telegraf“ hatte in einem Artikel die Angelegenheit als lächerliches, politisches Manöver hingestellt, worauf die Eltern Motzess den verantwortlichen Redakteur des Blattes, Syndikus Pichl, wegen Ehrenbeleidigung klagten. Nach mehrfacher Vertagung wurde heute dieser Prozeß durch Freispruch des angeklagten Redakteurs beendet. Das Gericht war der Ansicht, daß der Text der Grabinschrift tatsächlich von Vorübergehenden als politische Demonstration aufgefaßt werden könne und auch der Widerspruch der Kläger gegen die Entfernung der Inschrift deute in der gleichen Richtung.

1460—1931.

Ober: Deutschland, ein Wintermärchen.

1. Akt.
1. Szene.

Schauplatz: Mitteldeutschland, ein Wald, im Hintergrund Nürnberg.

Zeit: 1460.

Personen: Kaufleute mit ihren Frauen, Knechte.

Ein Postknecht, der Winter knirscht mit dem Schnee, die Reisenden mit den Köhnen, Pferde ziehen beladene Wagen.

1. Knecht: Dort ist die Burg des Ritters Ding von Ruffingen.

2. Knecht: Hastet euch beiseite, hier wurde vor zwei Tagen ein reisender Kaufmann mit Köhnen und Knechten und Vieh umgebracht!

1. Knecht: Unsichere Zeiten in Deutschland!
2. Knecht: Nord und Brand!

1. Knecht: Ritter wollen das sein? Rübentritter, Hüpfritter, Raubritter! Brechen aus dem Hinterhalt. Ede sich's einer versteht, hat er einen Dolch im Rücken.

2. Knecht: Friedfertige Menschen abgurgeln — und das nennen sie Erneuerung des Rittertums!

1. Knecht: Wir sind am Postweg! Eine Rote voraus, eine Rote in die Nachhut! Frauen und Wagen in die Mitte. Hüts! (Der ganze Zug ab in den Postweg.)

2. Szene.

Schauplatz: Derselbe Wald, dieselbe Stelle.

Personen: Ritter Ding von Ruffingen mit sieben Knechten.

Der Ritter: Versucht, laßt ihr sie laufen?

Ein Knecht: Was gibt ihr nicht das Zehnen? Wir wären draufgegangen.

Der Ritter: Draufgegangen wärt ihr dabei, das stimmt. Die waren uns gleichstark. Dummhöpfe, wir greifen nur an, wenn wir die Mehreren sind. Unser Wahlpruch...

Ein Knecht: Für Rittertum und Tapferkeit! (Alle ab. Vorhang.)

2. Akt.
1. Szene.

Schauplatz: Mitteldeutschland, eine Stadt, vorort, im Hintergrund ein Ragheim, an der Sakentzugstraße kenntlich.

Zeit: 1931.

Personen: Ein Trüpplein Reichsbannerleute, Frauen, Jugendliche, von einer SPD-Versammlung heimkehrend.

Es ist Nacht. Die Strophenbeleuchtung auf halbe Kraft gesetzt.

1. Reichsbannermann: Dort ist das Ragheim!

2. Reichsbannermann: Zusammenrücken! Gestern wieder ein Überfall. Hier an der Stelle.

Erster: Ein Reichsbannermann von hinten erstochen, zwei Jugendliche schwer, drei unbeteiligte Passanten durch Streifschüsse leicht verletzt!

Zweiter: Was sind das für Zeiten in Deutschland!

Erster: Nationalsozialisten nennt sich das Zeug? Machen vor den Unternehmern schön und

schlagen Arbeiter tot, immer nur Arbeiter. Brechen aus dem Hinterhalt. Ede sich's einer versteht, hat er ein Messer im Rücken.

Zweiter: Saboten, Knecher und Mörder!

Erster: Frauen und Jugendliche überfallen, Andersdenkende abgurgeln, die still ihres Weges gehen — und das nennen sie Erneuerung Deutschlands. Für die Erneuerung danken wir!

Zweiter: Wir sind am Ragheim! Achtung geben! Reichsbanner voraus, Reichsbanner in die Nachhut, Frauen und Jugendliche in die Mitte! Los!

(Der ganze Zug ab um die Ecke.)

2. Szene.

Schauplatz: Dieselbe Vorortstraße, vor dem Ragheim.

Personen: Ein Kaufmann, 10 SA-Männer.

Der Kaufmann: Gottverdammlich, habt ihr die gesehen?

Ein SA-Mann: Warum haben Sie nicht gepiffen?

Kaufmann: Bei dir pfeift's wohl? Hast du nicht gesehen, daß sie uns gleichstark waren? Mal alle herhören: Ein für allemal, wir greifen nur an, wenn es eine tödliche Sache ist.

Ein SA-Mann: Deutschland erwache! Alle fingen im Abgehen.

„Die Handgranat' im Gürtel, umspannt das Gewehr, so zieh die Sturmkolonnen in deutschen Land einher.“

(Vorhang.)

PRAGER ZEITUNG.

Die neue Postsparkasse. Die Postsparkasse amtiert am Samstag, den 12. Dezember 1931 zum letzten Male in ihrem alten Gebäude in Smichov. Die Amtsstunden für den Parteienverkehr enden an diesem Tage wie gewöhnlich um 13 Uhr. Am Montag, den 14. Dezember 1931 wird bereits im neuen Gebäude der Postsparkasse auf dem Wenzelsplatz amtiert. Die Amtsstunden für den Parteienverkehr beginnen an diesem Tage ausnahmsweise um 9.30 Uhr, ansonsten immer um 8 Uhr. Im neuen Gebäude werden Einlagen auf Scheckeinzahlungsscheine und auf Einlagebücher der Postsparkasse den ganzen Tag, ohne Unterbrechung von 8-19 Uhr, entgegengenommen. Desgleichen sind Auszahlungen von Einlagebüchern den ganzen Tag zulässig. Auszahlungen von Kassaschecks finden nur von 8-13.30 Uhr statt. Im neuen Gebäude vermittelt die Postsparkasse auch Sicherheits-Schränke (Safes) zur Aufbewahrung von Dokumenten, Wertpapieren, Preisen und sonstigen Werten. Die Safes-Räume sind für den Parteienverkehr von 8 bis 14 Uhr geöffnet. Der Eingang für das Publikum ist vom Wenzelsplatz aus. Die Telephonnummern der Postsparkasse ab 14. Dezember 1931 sind: 373-41, 378-41; ausschließlich für interurbane Gespräche: 365-62, 365-63; an Sonn- und Feiertagen und nachts von 20-8 Uhr früh: 373-41; Gebäude-Verwalter: Konzei: 363-20, Wohnung: 366-12.

Die Staatsbahndirektion Prag-Süd wird in den Tagen vom 24.-27. Dezember einen Sonderzug nach dem Gefenle veranstalten. Der Fahrpreis beträgt 196 K. Anmeldungen werden an der Kasse Nr. 13 auf dem Wilsonbahnhof entgegengenommen. Anzahlung 20 K.

Kunst und Wissen

Wer bewirbt sich um den Direktorposten am Brünner deutschen Theater? Um den Direktorposten bei den Vereinigten Deutschen Theatern in Brünn bewerben sich: Georg Karl Fohl (Teplicy-Schönan), Ernst Kalle (Leipzig), Josef Trummer (Wien), Hermann Wlach (Zürich), Hans Steinschneider (Berlin), Hans Josef Jarno (Přehburg), Walter Jensen (Heidelberg), Viktor Blaser (Wien), Ernst Cesterek (Wien), Paul Damiel (Magdeburg), Viktor Bachmann (Eger), Hans Trostli (Berlin), Gustav Charls (Wien), Karl Schwegler (Bad Erndorf).

Die Ausstellung der „Prager Secession“ im Kunstverein für Böhmen (II., Mikolfska 12), ist nur noch kurze Zeit geöffnet.

Spielplanänderung. Da Emmy Corperaker auf ärztliche Anordnung von Freitag an nicht auftreten darf, muß die Erstaufführung „Welter und heute“ auf einen späteren Termin verschoben werden. Dafür wird in der Kleinen Bühne Samstag, 8 Uhr, Bruno Krants Komödie „Rino“ (Ab.) mit Juge

Rahn und Sonntag, 7.30 Uhr, Cowards Ehekomödie „Antimitäten“ (Ab.) in Szene geben.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Mittwoch, 8 Uhr: „Liebling, Adieu!“ (Serienprüfung 16-11) — Donnerstag, 7.30 Uhr: „Im weißen Röhl“, Ringpiel von Müller-Brenau. (16-1) — Freitag, 8 Uhr: „Der Gerichtsvollzieher“ (17-11) — Samstag 6 Uhr: „Siegfried“ (Serienprüfung 10-11) Sonntag, 7.30 Uhr: Schnitzler-Gedenkspiel: Reinszenierung: „Professor Bernhardt“, Schauspiel von Schnitzler. (18-14) — Montag, 8 Uhr: „Liebling, Adieu!“ (19-1)

Spielplan der Kleinen Bühne. Mittwoch, 7.30 Uhr: „Rino“. (Freier Verkauf und Bankbeamten Gruppe II) — Donnerstag, 8 Uhr: „Der Gerichtsvollzieher“ (Ab.) — Freitag, 8 Uhr: „Liebling, Adieu!“ (Ab.) — Samstag, 8 Uhr: „Rino“ (Ab.) — Sonntag, nachmittags 3 Uhr: „Der Gerichtsvollzieher“ (Ab.) Abend 7.30 Uhr: „Antimitäten“ (Ab.)

1918-1931

Heute Mittwoch, den 9. Dezember, 8 Uhr abends im Gewerkschaftshaus auf dem Perchtal als 4. Diskussionsabend:

Die Tschechoslowakei. Referent Gen. Jaksch.

Sport • Spiel • Körperpflege

Städtelampf Wien-Bern der Arbeiterboxer. Am Samstag fand in Bern der erste Auslandsstort der Wiener Arbeiterboxer im Rahmen eines Städtelampfes Bern-Wien statt, bei dem Wienern mit 3:3 Punkten einen schönen Erfolg brachte.

Wiener Arbeiterfußball. Liga: Gakweil gegen Floridsdorf 3:0 (1:0), mit diesem Sieg wurde Gakweil Herbstmeister; Elekira gegen Feuerwehr 6:2 (3:2). — Erste Klasse: Gruppe Nord: Technische Union gegen Auto 7:2 (3:1), Columbia gegen Humanitas 4:3 (1:2); Gruppe Süd: Jenstalbverein gegen Donau 6:2 (3:1), Union gegen Rudolph 3:2 (0:2), Neu-Rettenhof gegen Olympia 6:1 (2:1), Felben gegen Simmering 0:0.

Die Zwischenrunde um die nordbayerische Kreisluchballmeisterschaft endete mit der überraschenden Niederlage des Favoriten SC. Weiden, die er durch den Koburger Bezirksmeister Freie Turner Schney mit 3:5 (2:3) erlitt. Nürnberg-Lit schlug die Freien Turner Schweinfurt 4:1 (2:1). kommenden Sonntag werden Nürnberg-Lit und Schney das Endspiel um die nordbayerische Kreismeisterschaft bestreiten.

Die zweite Runde der Bezirksmeister um die Saalfinger Fußball-Kreismeisterschaft begann mit der

nicht erwarteten 2:1-Niederlage von Töbern gegen Kößgen. Dadurch ist Töbern, dem man die besten Aussichten zur Erringung der Kreismeisterschaft gab, auf den letzten Platz gefallen.

Stettin-Vodejuch pommerischer Kreismeister. Der Zweitrier Meister Fejebuch schlug Greif Torgelow im Endspiel mit 2:1.

Freie Turner Meistersleben mitteldeutscher Kreismeister. Das Endspiel um die Meisterschaft des Kreises Provinz Sachsen, Anhalt, Braunschweig sah zu Beginn nicht nach einem Sieg der Meisterslebener aus. Wader Kößgen ging mit 2:0 in Führung und Meistersleben hatte zu tun, um bis zur Pause den Ausgleich zu erzielen. Nach Seitenwechsel war Kößgen sichtlich nervös, Meistersleben nutzte das aus und führte sich den Sieg.

Bürgerlicher Sport. Ohne Geld kein Fußballspiel. Sonntag sollte die Profi-Mannschaft der Cecilia Karlin mit Sparta Prag ein Freundschaftsspiel austragen. Das Spiel konnte aber nicht stattfinden, weil die Spieler der Cecilia Karlin freiliegen, da sie noch keine Wege bekommen haben.

Victoria Nisov hat kürzlich eine große Auslandsreise angetreten. An und für sich nichts Besonderes, und doch: Sie trägt nämlich in rund 59 Tagen 22 Spiele aus — mit vierzehn (!) Spielern. Die finanziellen Erfolge werden wohl die sportlichen überwiegen und die Gesundheit der Spieler — auch wenn sie Profis sind — auf das Ärgste gefährdet.

Der Film



Claire Kommer (Ufa)

„Menschen hinter Gittern“.

Nach Überwindung der zensorischen Bedenken läuft nun dieser Justizrevolten-Film der Metro-Goldwyn-Mayer auch in Prag. Ein grandios angelegtes Werk, in der deutschen Fassung — es gibt deren insgesamt drei — bewegend durch Heinrich Georges meisterliche Gestaltung der Hauptrolle, durch eine ganze Reihe anderer ausgezeichnete Darsteller, durch die Macht der Massenleser. Mit angelegtem Atem verfolgt man, festgebannt schon durch den Anblick der gigantischen Festung, in der Amerika dreihundert Straflinge entmenslichend schließt, die Schilderung des Justizhauslebens, abut man das unglückliche Leid der Einzelkateren, rebelliert mit ihnen gegen die graulichen Härten des Strafvolzugs, erlebt zitternd die erste Erhebung mit, wird man demütigt vor dem riesigen Rind Butch, dem mit Animalität geladenen Schmerzbrecher, den Heinrich Georges mit unübertrefflicher Uebersetzungskraft aufgebaut hinstellt: ein Löwe an Kraft und Mut, ein Bär an Entmütigkeit und Tapferkeit, ein Rind an Einfachheit und Natürlichkeit, und vor allem: unter Rohheit und Brutalität ein Mensch, dessen verbaltene Gefühlsausbrüche bei der Nachricht vom Tode der Mutter so echt und ergreifend sind, daß man sie als eines der großartigsten Zeugnisse ergreifendster Darstellungskunst von heute im Gedächtnis bewahren darf. Einzigerlei auch die langamen Wandlungen und die Sprünge vom lässigen zum grimigen Humor, die Rückwandlungen, und dann der plötzliche wilde Ausbruch.

Bis dorthin zeichnet dieser Film noch und ohne Beschönigung den nur im Technischen modernen, in der seelischen und geistigen Wirkung aber mittelalterlich-barbarischen Strafvolzug, wie er leider nicht nur für die amerikanische Justiz charakteristisch ist. Dann aber folgt leider ein Umbiegen und Absinken, das die elementare Anlage-Gewalt der ersten Hälfte des Films wieder zum größten Teil verpuffen läßt: Scheinbar wird das Interesse an dem Massenbild im Justizhaus wohl auch weiter nachgehalten; aber diese Anteilnahme am Kollektiv kann selbst im dramatischen Höhepunkt, bei der blutigen Erhebung, nur mehr eine äußerliche sein; immer mehr, wenn auch sehr geschickt verteidigt, werden Einzelkater in den Vordergrund gestellt: Butch, der Gentleman-Verbrecher Morris — in der ausgezeichneten Darstellung Diehls — erweisen nicht mehr als Träger des

Mitteilungen aus dem Publikum.

Ein halbes Jahr dauert in den Polarländern die Nacht. Es ist dies allerdings keine so finstere Nacht wie bei uns, eher eine Art Dämmerung. In unfernen Gegenden macht sich diese halbjährige Vorherrschaft der Finsternis durch länger werdende Nächte bemerkbar. Alljährlich können wir es beobachten. Wir sehen, wie die Sonne immer früher untergeht... und doch vergehen wir häufig, daß menschlicher Erfindungsgeist uns eine Waffe gegeben hat: die elektrische Taschenlampe. Mit der verlässlichen Batterie Palaba ausgerüstet, leuchtet sie uns nachts unschätzbare Dienste.

Rassenwillens, sondern werden gewissermaßen als Träger des hemmungslos aufbegehrenden und des gemäßigten vernünftigen Einzelwillens hingestellt. Und indem man der Größe und Heldenhaftigkeit beider Typen Achtung und warmes menschliches Mitleiden verschafft, wird eine Zbäure der Beschönigung geschaffen und das verächtliche amerikanische happy end herbeigeführt, dessen Vorabingung das Rauben der mit Maschinengewehren, Tanks und Gasbomben anführenden Ordnungsbefehle mildern soll, das in Wahrheit aber verstimmt und, wenn man nach Ordnung der vielen und starken Eindrücke zur völligen Selbstbestimmung kommt, erstennen läßt, daß hier wieder einmal der Pelz gewaschen wurde, ohne daß man ihn noch mochte.

Im Grunde stellt sich also auch dieses, in der Anlage gegen den Strafvolzug unserer Zeit gerichtete Werk als äußerst tüchtige und geschickte Halbwelt dar, vor der die Fesseln eines Landes zittern muß. Im Gegenteil: die so kritischen Prinzipien des allgemein noch geltenden Strafvolzugs finden durch diesen Film, wenn auch fast nirgends klar ausgesprochen, ihre Anerkennung. Immerhin aber darf aber ja schon gleich zu Anfang des Films der Justizhausdirektor den Tag sprechen: „Einem festen Charakter kann auch das Justizhaus nichts anhaben.“ Was tut's, daß der Film selbst diese so wahr schillernde Lüge widerlegt?

Auch dieser Film bestätigt am Ende, daß unser Gesellschaft weder die Kraft noch den Willen hat, im Strafhaus zu bessern und zu erziehen, sondern daß sie sich durch Kerkerbauern nur lösen will

Sozialistische Jugend, Prag, Gruppe I.

Heute Mittwoch, in der G.

Nikolaabend.

Anfang 8 Uhr. (Scherzpalette und Briefpost.) Gäste sind herzlich willkommen!

gegen die Entgleisten, gegen jede Bedrohung vor allem des Eigentums, das ihr doch wahrhaftiger wichtiger und heiliger ist als das Menschenleben. Neben dieser Betrachtung des Films „Menschen hinter Gittern“ findet der geistige Vortragsartikel der „Bohemia“ erhöhte Aktualität: Der Kreisgerichtspräsident von Eger, Herr Kolos, schreibt dort gegen die Fesselungstheorie „in einer Zeit, da die Abschreckungstheorie vielleicht noch gerade auf genug wäre, um das größte Unrecht zu verhüten“ und fordert „handrechtliche Aburteilung“ aller Mörder, Justifizierung innerhalb vier- undzwanzig Stunden! Dann brauchen die Steuerträger nicht so vielen Raubmördern lebenslängliche Unterkauf und Verpflegung bezahlen...

Dalb von diesem Geist ist auch der Film „Menschen hinter Gittern“. Der ihn aber so betrachtet, wird ohne Vernebelungsgefahr das Positive in ihm mit größter Anteilnahme in sich aufnehmen können.

Aus der Partei

Jugendbewegung.

S. J. Prag, Gruppe I. Heute abends 8 Uhr in der G. Nikolaabend. Parole: Gegen die Unfähigkeit der Jugend! Gäste sind herzlich willkommen! Alle Mitglieder müssen schon um 6 Uhr kommen. — Freitag im Verein deutscher Arbeiter Arbeitsgemeinschaft. Thema: Wege zum Sozialismus. Anfang 8 Uhr. — Samstag und Sonntag Funktionärschule. Anmeldungen heute bei Genossen Wolfert.

Vereinsnachrichten

Arbeiter-Turn- und Sportverein Prag.

An alle Mitglieder! Donnerstag, den 10. d., 7 Uhr abends, in der Turnhalle, Gruppenbilddarstellung aller Mitglieder in Turnredh (Reißchen mit Aus-Abzeichen!). Trodenstiftung. Beginn Mittwoch, den 9. d., um 7 Uhr abends in der Turnhalle.

Kinderfreunde Prag.

Heute Mittwoch, 9. Dezember,

Kindernachmittag

nachmittags 3 Uhr in der Gec.

Werte Genossen!

Wir werden wie im Vorjahre wieder die

Neujahrs-Enthebungen

in unserem Blatte veröffentlicht, wodurch den Genossen die mit den Neujahrsgratulationen verbundenen erheblichen Unkosten erspart bleiben.

Die Enthebungen werden, nach Orten geordnet, erscheinen und lediglich Namen und Beruf enthalten. Eine Enthebung wird mit Ks 10.— berechnet.

Wir ersuchen Sie, die tieferstehende Enthebungsbestellung febl. auszufüllen und umgehend an uns einzusenden. Die Bestellungen müssen bis spätestens 10. Dezember bei uns einlangen.

Wir rechnen zuverlässlich damit, daß sie von unserem Angebote Gebrauch machen werden und zeichnen mit Parteigruß:

Verwaltung des „Sozialdemokrat“
Prag II., Refazanta 18.

Hier abtrennen! — Hier abtrennen!

Neujahrs-Enthebung für „Sozialdemokrat“.

Ich bestelle hiermit unter dem Namen _____

Ort: _____ eine Neujahrsenthebung zum Betrage von Ks 10.— und sende Ihnen diesen Betrag gleichzeitig mit der Abonnementsgebühr pro _____ ein.

Unterschrift: _____

Beruf: _____